Das Slatonstowsker Unternehmen.

Der Riesenbetrieb des südlichen Urals besteht aus zwei Teilen. Auf dem „Hauptbetriebe arbeiten 5200 Metallarbeiter. Der zweite Teil des Unternehmens „Metsawod" befindet sich 3 Kilometer vom Hauptbetrieb entfernt, am Rande der Stadt liegt eine Niederung.

Die Production in den Slatowster Betrieben begann vor 2 Monaten schnell sich zu erhöhen, und die Zahl der Arbeiter stieg von drei- auf zehntausend. Der plötzliche Zufluß einer solchen Anzahl von Arbeitern hat sofort eine scharfe Wohnungskrise hervorgerufen. Die Hauseigentümer bedrücken nicht nur die Ankömmlinge, sondern verhöhnen sogar uns.

„Wenn Kinder da sind, dann vermieten wir nicht. Oder „vielleicht Kommunist!" Dank diesem wird eine sehr schwere Lage geschaffen.

Der sieht sich schon als einen Glücklichen — wer als siebenter in einem Zimmer mit 4 Quadrat Saschenl Fußboden einen Winkel findet. Die Sieben schlafen genau so, wie sie arbeiten, in drei Schichten und sind schon zufrieden.

Noch schlimmer verhält es sich bei denen, die in den staatlichen Baracken wohnen. Die mit Leuten vollgestopft sind. Ausstattung gibt es fast keine. Man ist oft auf dem schmutzigen Fußboden . . Die Mehrheit der Arbeiter schläft auf harten Brettern. Es gibt weder Strohsäcke noch Decken. Die Beleuchtung ist unzureichend, die Aborts überfüllt und teilweise nicht in Ordnung. Ein zu nichts taugendes kleines Bad auf 1000 Personen. Man braucht nicht viel Geld, um die Baracken mit Tischen und Stählen zu versorgen, um elektrisches Licht einzuführen, das bis jetzt ungenügend vorhanden ist und um die Baracken zu beheizen. Auf dem „Metsawod" war ein Fall, daß ein jugendlicher Arbeiter im Ofen der Baracke übernachtete.

Die niedergedrückte Stimmung der Arbeiter wird noch erhöht durch die Verzögerung der Auszahlung der Löhne oder durch die Ausgabe von großem Geld oder durch die Höhe der Abzüge, die bis zu 45 v. H. beträgt, wie das noch im September und Oktober war, als man den Arbeitern in 20 v. H. für Getreidenotstand und in 25 v. H. für die Genossenschaft a Konto der künftigen Abzahlung in Naturalien abzog. Es ist wahr, daß diese gewaltigen Abzüge schon der Vergangenheit angehören, aber Spuren davon sind noch geblieben.

Wie verhalten sich hierzu die Verwaltung und das Betriebskomitee?

Maßnahmen zur Besserung der Lage unternehmen sie wohl, aber genügend träge, und eben in dieser Trägheit liegt der ganze Witz.

Es ist nötig, die Verbesserung der Lage der Arbeiter mit der Erhöhung der Produktivität der Arbeit zu verknüpfen.

Das ist Sache der Gewerkschaften.

Ist es denn immöglich, den Arbeitern, die von anderen Bezirken herangeschafft werden, entsprechende Wohnungsbedingungen zu gewähren, damit sie nicht auf bloßer Erde ihr Essen einnehmen müssen, nicht vor Kälte in den Ofen hineinkriechen u. ä.

Es wäre doch lächerlich, darauf zu antworten, es seien keine Mittel vorhanden. Na, für Neubauten kann es vielleicht nicht reichen, aber für Renovierung alter Wohnungen werden sie sich immer finden. Die Hauptsache liegt darin: es handelt sich nicht um die Mittel, sondern darum, daß obige Arbeit ausschließlich durch die Sorge um die Erhöhung der Produktivität der Arbeit verhindert wird.

Wanjka Tarasow.

Zu gleicher Zeit veröffentlicht das amtliche Organ des russischen Kapitalismus, „Die Rote Fahne", Nr 10, vom 13. Januar, von einem Arbeiter-Korrespondenten einen Aufsatz über Rußland? Selbstverständlich werden in diesem Artikel die „Beweise" dafür gebracht, daß in Rußland alles, aber auch alles für die Arbeiter getan wird. Wir wollen nicht das Zahlenmaterial bringen, sondern nur folgende, direkt frechen Sätze aus dem angeführten Artikel wiedergeben, die den Schluß des Artikels darstellen:

„Dies ist, Genossen, ein anschauliches Bild dessen, wie wir russischen Arbeiter an der Besserung unserer Wohnungsverhältnisse arbeiten. Da uns die Staatsmacht gehört, zwingen wir auch die Bequemen und uns feindlichen Elemente der NÖP (neue ökonomische Wirtschaftspolitik), uns am Wohnungsbau zu helfen, indem sie für jeden über die Norm hinausgehenden Fünfquadratmeter ihrer Wohnräume 10 Rubel zugunsten der Wohnungskooperationen zahlen. Dies läßt sich nur unter der Diktatur des Proletariats durchführen, und die haben wir. Folgt unserem Beispiel, Genossen, zwingt Eure Bourgeoisie, Euch zu dienen, wie wir es mit der unsrigen getan haben.

Mit kommunistischen Gruß

Dimitrij Jermolajew

Arbeiter der Eisengießerei beim R. N. des Gen. Melenkow.

Moskau, den 20. Dezember 1924."

Der objektive Leser möge nur die Wahrheiten aus der „Prawda", d. h. Wahrheit und den Unsinn aus der „Roten Fahne" vergleichen. Wo nicht ganz blind ist, kann nicht die Tendenz erkennen, die stets in den Berichten der „Roten Fahne" aus Rußland liegen.

Politische Rundschau

Zentralausschuß der K.P.D.

Am 10. und 11. Januar fand die Zentralausschußsitzung der „einzigen" Arbeiterpartei, der KPD. statt, die „linke" Führung hat es nicht leicht! denn es heißt für sie, den alten brandlerschen Kurs fortzusetzen und trotzdem von Brandler abrücken und Trotzki, Thalheimer und auch Rosa Luxemburg fallen zu lassen. Die Letztere kann sich ja nicht wehren, und so kann die „Rote Fahne" ruhig täglich Leichenschändung treiben.

Treffend charakterisieren sich die Leninisten selbst in dem Satz, den der Referent zur politischen Lage und den Aufgaben im Schlußwort folgendermaßen prägte:

„Ob wir es dazu bringen, in der Geschichte eine Partei zu haben, die zwischen zwei Wellen der Revolution um Minimalforderungen kämpft und doch revolutionär bleibt."

Hinterher derselbe Redner sofort zur Selbstberuhigung: **„Außer der bolschewistischen Partei ist es bisher noch keiner Partei gelungen, diese Aufgaben zu lösen."** Damit bestätigt der Redner, wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir Ruth Fischer dahinter sehen, daß die KPD. bisher eine offene reformistische Partei war, die das Wort revolutionär nur zum Massenfang brauchte. Wenn dies die KAP. der Berliner „linken" Führung nachwies, in öffentlichen Versammlungen, dann taten diese jetzigen „Linken" äußerst beleidigt. Wie es nun mit den Bolschewiki steht, soll heute nicht untersucht werden. Daß sie jetzt noch immer als eine revolutionäre Parei hingestellt werden können und dieses die Proletarier noch immer glauben, ist ein Zeichen von mangelnder Selbstkritik innerhalb der Sektionen der KI.

Treffend wurde der angeblich „linke" Kurs von einer Delegierten E. aus Saarbrücken gekennzeichnet mit folgenden Worten:

„In dem Absatz über die Regierung der Werktätigen sind Ausführungen enthalten, nach denen nach der Einsetzung dieser Regierung der bürgerliche Staatsapparat noch bestehen würde; somit ist die Auffassung, die der V. Weltkongreß abgelehnt hat, wieder da."

Uebrigens hat der V. Weltkongreß nicht die Arbeiter- und Bauernregierung abgelehnt, sondern dafür eine solche jesuitische Formulierung gefunden, daß der einfache Leninist der KPD. Diktatur des Proletariats herauslesen kann und auch soll, während die Götter schon wissen, was sie wollen. Marx seine Erkenntnis, die er aus der Pariser Kommune 1871 schöpfte und in der vortrefflichen Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich" niederlegte, daß das Proletariat den alten Staatsapparat der Bourgeoisie nicht in Besitz nehmen kann, sondern zerschlagen müsse, ist demnach auch Reformismus, trotzdem gerade diese These glänzend von der russischen Revolution bestätigt wurde schon 1905 und vervollständigt 1917. Dieses paßt allerdings nicht zur Nepparole der Bolschewisierung der Partei und darum ist folgende Formulierung nur der wirkliche Ausfluß der Massenverdummung; die ja notwendig durch die Bolschewisierung im Interesse der russischen Bourgeoisie planmäßig betrieben werden muß. Es heißt unter These 10: Die Hauptaufgabe: Gewerkschaftsarbeit: **„Nur große, von revolutionärem Geist erfüllte Gewerkschaften sind imstande, diese Kämpfe um ausreichende Löhne, strikten, starren (nicht 'elastischen') Achtstundentag, Wiederherstellung und Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, erfolgreich zu führen."**

Zum Schluß bestätigte man sich sogar noch unter These 14: Unsere Parlamentstaktik fordert, daß man erstens nichts vom Parlament erwartet und seine Heuchelei entlarven will, (wie z. B. Heckert mit Brandler in Sachsen. D. Red.) aber doch selbstverständlich für jedes Gesetz stimmen werde, daß dem Proletariat nützen könne. Wenn es nur eine Arbeiterpartei gibt, die sogar im Prinzip gegen das Parlament ist und nur aus sogenannten taktischen Gründen hineingeht, dann muß doch das Kleinbürgertum und die Bourgeoisie demnach auch ab und zu „nützliche" Gesetze für das Proletariat fabrizieren? Wir sehen keine andere Möglichkeit der Deutung, wenn Worte überhaupt einen Sinn haben sollen. Uebrigens haben wir ja schon solch allgemein nützliches Gesetz gehabt nach der Meinung der jetzt bolschewisierten und damals noch Radekschen-Brandleristischen Partei, nämlich das „Gesetz zum Schutz der (dieser) Republik". Dieses war auch als vorteilhaftes für das Proletariat von der KPD. sogar noch durch Anträge verbesserungsbedürftig, d. h. noch nicht präzise genug ausgearbeitet. Jetzt werden nach diesem parlamentarischen Not-, Zwangs- und Schutzgesetz täglich revolutionäre Proletarier in die Zuchthäuser geschickt.

Diesen selben Kurs steuern nun die „linken" weiter. Aller alte reformistische Dreck, aller alte opportunistische Schlamm ist erneut aufgewühlt worden und durch das Wort bolschewisiert in ein russisches, revolutionär sein sollendes Gewand gehüllt. Daß sich die Proletarier in der KPD. diese Frechheit noch immer gefallen lassen, daß dieser alte Kurs ihnen wieder als „neuer linker Kurs" hingestellt werden kann, beweist uns, daß erst noch andere Erfahrungen notwendig sind, als die der sächsischen Arbeiter- und Bauernfängerei und des Oktoberzusammenbruchs. Es ergibt sich daraus, daß die Räteorganisation, daß die revolutionären Betriebsorganisationen als Grundlage des kommunistischen Aufbaus den „prinzipiellen" deutschen Leninisten unermüdlich als die Erfahrung der russischen Revolution von 1917 (nicht als Lehre aus der Nep 1921) gegenüber gestellt werden.

An unseren Genossen liegt es, in ständiger Kritik den Proletariern der KPD. den sozialdemokratischen Inhalt ihrer revolutionären Phraseologie vor Augen zu führen, damit sie letzten Endes nicht erst noch ein Magdeburg der KPD. erleben.

Berichtes vom Zentralausschuß der K.P.D.

Thalheimer und Brandler sind . . . . Russen.

Auf dem letzten Zentralausschuß der KPD. ging es hoch her. Bekanntlich sollte er noch mal einen Warnungspfiff ertönen lassen für alle diejenigen Mitglieder, die bis jetzt noch etwas selbständig zur Frage der Revolution Stellung nahmen, denen die revolutionären Räte als scharfe Kampfwaffe der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats und Orgesch-Gewerkschaften nebst Regierung der „Werktätigen" (d. h. Ministersesselanwärter der KPD. im Kapitalismus) eben unüberbrückbare Widersprüche sind. Daß die Gewerkschaftsfrage trotz der mehrmaligen Verlängerung des Termins noch immer diskutiert wird, kommt selbst der Bericht der „Roten Fahne" nicht ganz verstecken.

Ein Vertreter aus Hamburg forderte wohl als Gegengewicht gegen die gewerkschaftsfeindliche Haltung der Hamburger KPD.-Proletarier den Ausschluß von Brandler und Thalheimer. Er wollte jedenfalls nicht ohne Siegestrophäe nach der Hütte zurückkehren.

Deutlicher spiegelte die Hilflosigkeit der Vertreter aus Chemnitz wieder, wo man auch etliche Erfahrungen im besonderen mit den Orgeschgewerkschaften auch unter „kommunistischer" Führung gemacht hat. Er sagte: **„Die Genossen fragen, wenn wir die Genossen, die sich weigern, in die Gewerkschaften einzutreten, rausschmeißen, warum macht ihr nicht das Gleiche mit den Brandlers?"** Die „Linken" auf dem Zentralausschuß wollten nun beweisen, daß sie radikaler sind als die Brandlers und sie jetzt zu bestimmen hätten. Doch o weh, als man zu Brandler und Thalheimer, den deutschen Keimzellen, Stellung nehmen wollte, stelte sich heraus, daß sie „Ausländer" sind und man sie darum hier nicht ausschließen könne.

Der Bericht der „Roten Fahne" sagt darüber folgendes: „Der Antrag auf Ausschluß der Genossen Brandler und Thalheimer kann in dieser Form vom Zentralausschuß nicht abgestimmt werden, weil die Genossen Mitglied der KPR. sind. Es wird statt dessen über einen Antrag abgestimmt, der besagt, daß der Zentralausschuß die Hamburger und Berliner Anträge der Funktionäre sich zu eigen macht. Dieser Antrag wird gegen eine Stimme angenommen."

Diese Anträge besagen, daß die Delegierten zur erweiterten Exekutive dahin wirken sollen, daß („Russen", D. Red.) Brandler und Thalheimer aus der bolschewistischen Partei ausgeschlossen werden sollen.

Nachdem nun Trotzki zu Boden ist, müssen diese beiden Strategen und Republikschützer entweder rasch zum Schein umlernen, was ja diesen Bürgern nicht schwer fällt im Interesse ihrer Existenz, trotzdem sie beide in der SPD. neben Reuter, Friesland und Levi ganz gut Platz hätten, oder sie werden eben leninistisch an die frische Luft befördert.

Die prinzipielle Hilflosigkeit vieler KPD.-Proletarier war klar an den Worten des Vertreters aus Chemnitz herauszuhören, der da sagt: „Unsere Genossen fragen, warum so scharf gegen Proletarier vorgegangen werden soll, während man den Berufs-Führern allerlei Winkelzüge gestattet."

An unsere Genossen liegt es, hier Bresche zu schlagen.

Aus der Bewegung

K.P.D.-Fiasko in Bonn

Freitag, 16. Januar, fand in der Beethovenhalle eine öffentliche Erwerbslosen-Versammlung statt wozu sämtliche parlamentarische Parteien und Gewerkschaften eingeladen waren. Zur Tagesordnung standen Arbeitsbeschaffung und Abbau von 700 Erwerbslosen am 31. Januar (Bonn hat annähernd 2000 Erwerbslose). Herr Stadtver. Faust, KPD., versuchte als erster den hungernden Erwerbslosen einen Rettungsweg zu zeigen (die Stadtverwaltung plant nämlich den Bau eines Stadion), nachdem der gute Herr Faust wie gewöhnlich in jeder Versammlung seine 5jährige praktische Erfahrung zum besten gegeben hatte, schlug er vor, einen Dringlichkeitsantrag einzureichen, damit die am 6. Februar tagende Stadverordneten-Versammlung vor dem 31. Januar stattfinden soll. In dieser Sitzung soll der Bau eines Stadions beschlossen werden. Herr Faust versprach auch, daß die KPD.-Fraktion sich für den Plan einsetzen werde. Ferner beklagte er sich bitter über den Stimmenverlust der KPD. bei den letzten Wahlen, es waren genau 50 v. H. er faselte dann noch etwas von einer geheimen Sitzung, woraus er aber nicht vieles mitteilen könne, weil ihn die Schweigepflicht binde, er verfolge eine andere Taktik wie sein Fraktionsgenosse Nix, den man für mehrere Sitzungen ausgeschlossen hat. Es machten sich dann noch ein ehemaliger Füllsdezernent der Polizei, Herr Stadtver. Heinen, Vertreter der SPD. und ein Gewerkschaftsbonze als Vertreter des ADGB. bemerkbar, es erhob sich schon ein allgemeines Gelächter, als der würdige Herr Sarnes vom ADGB. ansichtig wurde, sein Refrain lautete dann auch nicht anders wie zu erwarten war.

Kollegen! Stützt die Gewerkschaften, damit wir einen Druck ausüben können gegen den Hauptvorstand in Berlin.

Unsere Genossen widerlegten denn auch mit Leichtigkeit die Ausführungen der Vorredner. Sie führten aus, daß die Arbeiterschaft sich für alle jetzt herrschende Not und Elend bei den Parlamentariern und Gewerkschaften bedanken können. Es ist uns nicht geholfen mit 6—8 Wochen Notstandsarbeit noch mit allen Teilforderungen der KPD.! Wie Kontrollausschüsse, Sachwerterfassung und Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionprozeß. Die erste Hoffnung auf eine Besserung ist erst dann vorhanden, wenn die Arbeiterschaft eingesehen hat, daß die parlamentarischen Parteien und Gewerkschaften Brutstätten der Konterrevoluion sind, ihr den Rücken kehren, und an deren Stelle die Organe der proletarischen Revolutionären Arbeiterräte setzen werden. Die KAP. kann den Erwerbslosen keine Arbeit versprechen, dies ist Aufgabe des gesamten Proletariats durch Eroberung der Produktion und der politischen Macht. Unseren Genossen wurde aufmerksam zugehört, abgesehen von etlichen Wutanfällen einzelner KPD.-Fanatiker. Zum Schluß lehnten die Erwerbslosen die Flichtarbeit ab, womit SPD. und KPD. nicht ganz einverstanden waren. Der Obmann des Erwerbslosen-Ausschusses, Herr Brandt, KPD., wandte sich in dem nun folgenden Durcheinander hilfesuchend an seinen Vorgesetzten, Stadtverordneten Faust, und bat ihn, die Situation zu retten, wozu dieser aber auch nicht in der Lage war, und so endete die Versammlung mit einem Fiasko der KPD. Die Herren vom ADGB. und SPD. hatten sich schon vorher kopfschüttelnd entfernt.

Die nationalste Partei Deutschlands mißhandelt Arbeiter

Jeder Leser der KPD.-Presse wird oft spaltenlange Artikel vorfinden, die sich mit dem Versammlungsterror der SPD. beschäftigen. Man beklagt sich, daß diese Partei mit den gemeinsten Mitteln jede Kritik an ihrer arbeiterfeindlichen Politik erdrücken will. Wir wundern uns nicht darüber; es ist selbstverständlich, daß die Konterrevolution in der roten Maske, mit allen Mitteln versuchen wird, die Lüftung dieser Maske zu hindern! Doch arbeiten man mit denselben Mitteln, so hat man kein Recht mehr, diese Mittel zu brandmarken. Eine Versammlung der KPD. (Köln) am 9. 1. 25 bringt erneut den Beweis, daß die KPD. sich nicht nur politisch-gewerkschaftlich der SPD immer mehr nähert, sondern, daß auch ihre Methoden, im Kampf gegen die Kritik durch das revolutionäre Proletariat, die gleichen sind. Die heuchlerische Janusfratze der KPD. entlarvt sich in allen Situationen. Doch kurz zu den Ereignissen. Thema war: „Die KPD., die einzige Partei, die ein Recht hat, Einspruch gegen die verlängerte Besetzung der Kölner Zone zu erheben." Der Referent, M. d. R. Florin, rollte alte Walzen ab, die hier nicht wiederholt werden brauchen. Jeder Versammlungsbesucher kennt sie zur Genüge. Seine Ausführungen gipfelten in der stolzen Behauptung, daß die KPD. die nationalste Partei Deutschlands wäre, allein ein Recht auf Protest hätte und dies am besten dadurch bewiesen hätte, daß ohne die KPD. der Separatismus niemals erledigt worden wäre." — Schon während seiner Ausführungen, und vor der Versammlung, versuchte man unsere Genossen zu provozieren. Man zwang sie zum Einstellen des Verkaufs der KAZ. Als nach dem Referat ein KAP.-Genosse sich zur Diskussion meldete, setzte ein künstlich erzeugter Tumult ein. Man entriß unseren Genossen die Zeitung und prügelte sie zum Saal hinaus, wo man sie zu Boden schlug. Der Lärm im Saal wurde immer größer. Der Genosse konnte sich nicht mehr durchsetzen. Der nachfolgende KPD.-Lump Richter konnte nun wagen, mit den gemeinsten Verleumdungen über die KAPD., die vorhandene Progromstimmung noch zu vergrößern. — Doch nur weiter so; eine Anzahl denkender Arbeiter verließ mit uns, angeekelt von derartigen Kampfmethoden, den Saal. Sie versprachen, zu unseren Gruppenabenden zu kommen. — Mitglieder der KPD., lest wenigstens eure eigenen Zeitungen gründlich, wenn ihr schon die unseren stehlt und vernichtet. Und denkt dabei, dann werdet ihr diesen Versammlungsterror nicht mehr so selbstverständlich finden; oder ihr müßt euren "Scheinkampf gegen die SPD. einstellen. Wir wissen, daß eure Entwickelung, läuft sie in der alten Linie weiter, euch zu Handlungen zwingen wird, wogegen die der Noske-partei verblassen werden. Besinnt Euch! Hört und überprüft die Kritik der KAPD. Besser: Kritisiert euch selbst. Nur denkende Arbeiter sind wertvoll für die Revolution.

Genossen! Haltet Eure Zeitung hoch! Sammelt für den Pressefond!

Mitteilungen

GROSS-BERLIN.

Kombinierte Funktionärsitzung.

Am Mittwoch, den 28. Januar, abends 7 Uhr, findet in Boeker's Festsälen, Weberstr. 17, eine kombinierte Funktionärsitzung der KAPD. und AAU. statt. Erscheinen jedes Genossen ist wegen der wichtigen Tagesordnung Pflicht.

Achtung! Bei der Gedenkfeier im Saalbau Friedrichshain, am Donnerstag, den 15. Januar, ist eine Brieftasche gefunden worden. Besitzer ist abzuholen in der Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.

17. Unterbezirk. Am Donnerstag, 29. Januar, findet bei Pickenhagen, Scharnweberstr. 61, eine Werbe-Mitgliederversammlung (wichtiges Referat) statt, zu der sämtliche Genossen alle ihnen bekannten KAZ.-Leser, Sympathisierende und Unionsgenossen einzuladen haben.

Leipzig.

Bestellungen für die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung", „Kampfruf" und „Proletarier" und Anmeldungen für Partei und Union, sowie alle Auskunft jederzeit bei:

Albert Warschau, Böhlitz-Ehrenberg, Leipzgeir Str. 99 II.

Achtung! Ortsgruppen der KAJD.

Alle Ortsgruppen, die die letzte Nummer der **„Roten Jugend"** nicht abgerechnet und deshalb Nr. 1 nicht erhalten haben, müssen **sofort** Bestellungen aufgeben und die alten restierenden Nummern begleichen. RAA. der KAJD.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Fritz Weiland, Bln.-Pank.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O 17, Lange Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 7

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks- Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Januar 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Heraus aus der Orgeschfront!

Der 1. Februar steht vor der Tür. Bekanntlich der allerletzte Termin für die Mitglieder der KPD. — für die gewöhnlichen Soldaten — sich erneut in die Orgeschfront einzureihen. Für die Funktionäre war der 15. Januar 1925 der Stichtag.

Es ist nun in letzter Zeit so furchtbar still geworden in der Presse der KPD. Niemand weiß recht, wie er sich dieses erklären soll. Zwei Möglichkeiten bestehen und zwar die, daß die Proletarier der KPD. so schnell und so gründlich bolschewisiert wurden, daß schon alles erledigt ist betreffs der Gewerkschaftsfrage, man also auf den Termin nicht mehr hinweisen braucht, oder aber die andere Möglichkeit, es ist der Widerstand der gewöhnlichen Mitglieder der KPD. gegen ihre Selbstkastrierung so stark, daß diesem nochmals Rechnung getragen werden muß. Auf dem letzten Zentralausschuß erhoben sich ja auch schon die warnenden Stimmen gegen das zu bolschewistische Vorgehen. Die Delegierten, die noch oft mit den Mitgliedern in engster Verbindung stehen, erkannten, daß sie schließlich gute Kräfte verlieren würden und traten darum für Ausschluß der beiden . . . Russen . . . Brandler und Thalheimer ein. Dieser Ausschluß sollte gewissermaßen eine Beruhigungspille für die widerspenstigen Mitglieder sein, die den Ausspruch Sinowjews: „Die Gewerkschaften sind schlimmer als die Orgesch!" (USP.-Parteitag 1920 in Halle) noch nicht vergessen haben. Die ihn darum nicht vergessen können, weil täglich die nackten Tatsachen im proletarischen Klassenkampf diese Wahrheit erhärten.

Was täglich der Proletarier im Betrieb mit diesen freigelben Berufsvereinen erlebt, wird im großen Rahmen der Politik auch erneut bestätigt. Nur durch die geschickte Ausnutzung des Kredites, den die Bolschewiki sich durch ihre Taten 1917 beim gefühlsmäßig revolutionären internationalen Proletariat erworben haben, ist es ihnen möglich gewesen, mit diesem Wechsel in der Hand, die Begriffe Revolution und Konterrevolution in ihr Gegenteil zu verkehren.

Mit dem Wechsel in der Hand ist es den Bolschewiki innerhalb ihrer Sektionen möglich gewesen, die Frage der Revolution zur Frage von Gut und Böse zu machen d. h. zur Frage von guten oder schlechten Führern. Einer von den Grundsätzen der historisch-materialistischen Geschichtsauffassung, dieser scharfen Geisteswaffe des Proletariats, ist somit außer Kurs gesetzt, nämlich: Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein der Menschen, und nicht, wie die Bourgeoisie sagt: das Bewußtsein bestimmt das gesellschaftliche Sein. Dieser Grundsatz trifft nur für die SPD.-Verräter, für die reformistischen Postenjäger zu, nicht aber, wenn man mit den Gedanken von Ruth Fischer spricht, für die „Kommunisten", für die Bolschewisten, für die edelsten der „Kommunisten", wie sie sich selbst in Liedern benennen und besingen.

Trotzdem doch eine mehrjährige Erfahrung in der Gewerkschaftseroberungspolitik vorliegt und damit verbunden der vollständige Bankrott des sogenannten revolutionären Parlamentarismus sowie der gesetzlichen „revolutionären" Betriebsrätebewegung, wagt man es und kann es erneut wagen die Proletarier aufzufordern, ihre Selbstvernichtung selbst noch zu finanzieren.

Die Worte Rosa Luxemburgs auf dem Gründungsparteitag des Spartakusbundes, 1. Januar 1919:

„Wir können ruhig aussprechen, daß die deutschen Sozialdemokraten die infamsten und größten Halunken, die in der Welt gelebt haben, sind"

haben ihre geschichtliche Bedeutung und sind durch Tatsachen, die wie Glieder einer ablaufenden Kette sich aneinander reihen, seitdem bestätigt worden.

Es wurde keine Gemeinheit, keine Infamie, keine Niedertracht, keine Schurkerei, keine Schuftigkeit gegen das Proletariat seitdem begangen, bei welcher nicht sozialdemokratische Gewerkschaftler die Hand im Spiele hatten, es sei denn, sogar offen die Führung hatten.

Diese nackten Tatsachen erkennend, heißt aber auch, die Ursachen solchen Handelns zu erkennen; denn es ist doch auch bekannt, daß so mancher der heutigen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bluthunde und Gaumer früher ein ehrlicher Proletarier war. So berechtigt auch der Ausspruch von Esser im Hamburger Aufstandsprozeß ist, daß jeder revolutionäre Arbeiter, der sich mit Sozialdemokraten an den Verhandlungstisch setzt, an den Laternenpfahl gehört, so widerspruchsvoll ist derselbe Ausspruch aus dem Munde eines Gewerkschaftseroberers. Hier haben die Proletarier zu erkennen, daß die Worte, die für die Bourgeoisie und ihr System von jedem revolutionären Arbeiter erkannt und gebraucht werden, auch für die Gewerkschaften zutreffen.

Das Proletariat als Klasse bekämpft das Profitsystem. Das siegreiche Proletariat kann auch die Staatsmaschinerie dieses System nicht für seine Interessen in Bewegung setzen, sondern hat diese zu zerschlagen und seine Herrschaftsform, das revolutionäre Rätesystem, in dem sich die Klassendiktatur verkörpert, aufzurichten. Ein Pfeiler der bestehenden Gesellschaftordnung, dieses Profitsystems sind die Gewerkschaften aller Richtungen. Ihr Kampf um eine geregelte Ausbeutung, um eine Linderung der Leiden des Proletariats im Kapitalismus, setzt naturnotwendig das Bestehen dieser „Ordnung" voraus. Wer in die Gewerkschaften hineingeht, muß auch Gewerkschaftspolitik treiben. Es geht eben nicht so, wie Ruth Fischer sagt: „man muß reformistische Arbeit leisten und trotzdem revolutionär bleiben, was allerdings bisher nur den Bolschewiki gelungen sei. „(Ob sie es selbst glaubt?!)

Der Kampf der Gewerkschaften für dieses System, d. h. der Selbsterhaltungstrieb der Gewerkschaften selbst ist die Ursache all der niederträchtigen Taten gegen das Proletariat als Klasse, das, um zu leben, vor der Zerstörung der rötlich angestrichenen Pfeiler der Kapitalsherrschaft nicht zurückschrecken darf. Jeder Arbeiter nun, der in die Gewerkschaften hineingeht, angeblich um sie zu revolutionieren, belügt sich selbst; denn in Wirklichkeit reiht er sich dadurch in die Orgeschfront ein. Er selbst muß sich ein- und unterordnen unter die Satzungen, Beschlüsse usw. oder er fliegt wieder hinaus, um dann noch im Stürzen zu schreien: „Rettet die Gewerkschaften!"

Die Erfahrungen der Jahre seit 1914, die geradezu zynischen Eingeständnisse der Sozialdemokraten in Magdeburg, jetzt durch Auer erneut in München, dies schmähliche Versagen, Versagen müssen der angeblich revolutionären Betriebsräte und der sich auf sie stützen wollende „Arbeiterregierung" in Sachsen und Thüringen verdichten sich in dem einen Ruf: will das Proletariat seiner geschichtlichen Aufgabe gerecht werden, will es über seinen Klassenfeind triumphieren, und dieses muß es wollen wenn es leben will als Klasse, dann gilt nur der eine Ruf, der zugleich den Ruf der proletarischen Revolution in sich trägt:

„Heraus aus den Orgesch-Gewerkschaften!"

„Alle Macht den Räten!"

deren organisatorisches Gefäß die revolutionären Betriebsorganisationen sind.

Bankkrach in Oesterreich

Die österreichische Regierung ordnet durch Erlaß vom 21. d. Mts. die Schließung folgender Banken an: Oesterreichische Kaufmännische Bank, Wien, Austro-Orient-Bank, Wien, Wiener Lombard- und Eskompte-Bank, Deutsche Bodenbank, Wien, Allgemeine Depositenbank in Wien, Allgemeine Industriebank, Wien, und Nordisch-Oesterreichische Bank in Wien. In den Fällen der Wiener Lombard- und Eskomptebank, Deutschen Bodenbank und Allgemeinen Depositenbank tritt die Auflösung Mitte April in Wirksamkeit, wenn nicht bis dahin ein Beschluß dieser Banken auf Auflösung durch Vereinigung mit einer anderen Gesellschaft die behördliche Genehmigung erlangt hat.

Spritschiebereien im Reichsmonopolamt.

Eine Kolonne kleiner Barmäts bestachen Beamte des Monopolamts und betrogen den Staat um viele Millionen Mark. Sie bezahlten vergällten Sprit, bezogen aber unvergällten. Generaldirektor Weber und sein Privatsekretär Dr. Cantrup wurden auf der Flucht in Oesterreich verhaftet. Fabrikant Kopp in Holland, zwei Brüder Webers und Lenz und Frau in Deutschland. Zwei Apotheker, Salomoni und Ruben sind flüchtig.

Regiekünste

Der Reichstag und das Preußenparlament haben sich in der letzten Woche ganz außerordentlich darum bemüht, die widerlichste Fratze des Kapitalismus, den Schacher um die Macht aufzuzeigen. Alle Regiekünste, die die Geschäftsordnung bot, dienten dem Zweck, den gesamten Verwaltungsapparat, soweit er „republikanisiert" war, wieder reslos für die Interessen der Schwerindustrie und der Landwirtschaft einzuspannen. Der gleichzeitige Kampf gegen die „Korruption" war der Auftakt. Die sogenannte Korruption bestand darin, daß die staatlichen Gelder und Kredite nicht dem „produzierenden", sondern dem Finanzkapital eingeräumt wurden, das sie dann zu Wucherpreisen an die „bedürftigen Unternehmen" weiterleitete. Die Entwurzelung der in selbständigen Konzerne losgelösten außerhalb der großen Syndikate stehenden Außenseiter war das gemeinsame Ziel. Der Kampf um die Regierung war der Kampf um die Ver- und Zuteilung der in der Reichsbank und der Seehandlung aufgehäuften und zur Verfügung stehenden Beträge. Die Regierung Marx war noch zu fest mit dem Finanzkapital verbunden und stützte nicht genug das „um seine Existenz ringende Industriekapital". Seine Finanzwirtschaft bildete auch eine starke Hemmung gegenüber einer Kreditinflation. Der bisherige Ausweg, an Stelle des Inlandskredites das amerikanische Kapital zur Finanzierung der deutschen Wirtschaft zu veranlassen, hatte schon zu einer enormen Verschuldung geführt, man rechnet damit, daß seit September 1923, also nach dem Abschluß des Londoner Abkommens außer der 800 Millionen Markanleihe ca. 400 bis 500 Millionen Mark in Form von Waren und Devisen nach Deutschland geflossen sind. Diese Kredite bilden für das deutsche Kapital nicht nur die starke Gefahr einer erheblichen Ueberfremdung, sondern sogar einer enormen Katastrophe. Die Inlandanleihe hat gegenüber der Auslandanleihe den ganz erheblichen Vorteil, daß ihre Rückzahlung sich im Wege der Gesetzgebung und des Druckes auf den inneren Markt bequemer regeln läßt. Die Erfahrung, welche gerade das Ententekapital mit der „Streichung der interalliierten Schulden" gemacht hat, ist ein äußerst warnendes Beispiel. Diese Dollarschulden hängen wie ein unendlicher schwerer Bleiklotz an dem Profit des europäischen Kapitals. Sie bringen Europa in eine Schuldknechtschaft gegenüber dem anglo-amerikanischen Kapital, dessen ganze Schwere sich erst jüngst bei der interalliierten Finanzministerkonferenz in Paris gezeigt hat. Das deutsche Kapital, welches starke Substanzopfer zum Aufbau der staatlichen Wirtschaft gebracht hat, sieht die erhebliche Anhäufung der Mittel in den staatlichen Kassen und damit auch den durch die Inflation völlig ausgesogenen und zu starken Abgaben an das Privatkapital genötigten Fiskus als Machtfaktor wieder an Bedeutung gewinnen. Die Hilfe des Finanzkapitals, welche in den ersten Zeiten der Stabilisierung gerade wegen dessen Verbindungen mit dem Ausland und auch wegen dessen politischen „pazifistischen" Kredites notwendig war, ist nicht mehr erforderlich. Die schwerindustriellen Konzerne haben direkte Verbindungen mit der amerikanischen Finanz aufgenommen. Sie brauchen keine Vermittler mehr, zumal die Garantie der Großbanken wie im Anfang der Stabilisierung nicht mehr gefordert wird.

Das Finanzkapital ist so immer mehr ein Anhängsel, ein von der Schwer- und Fertigindustrie abhängiger Faktor geworden. Dies geht so weit, daß die Vertreter der Schwerindustrie und der Landwirtschaft, die sich durch die Uebernahme der Rentenbank ein eigenes Kreditinstitut geschaffen hat, sich garnicht mehr um die Einbeziehung der Demokraten in den Bürgerblock bemühen. Sie wissen, daß das Finanzkapital Ansprüche stellen wird, die sie garnicht zu befriedigen brauchen. Es wäre eine wirklich unnötige Belastung. Viel wichtiger ist ihnen die Gewinnung des Zentrums, weil gerade die Interessen des rheinischen Kapitals in keinem Widerstreit mit ihren eigenen stehen. Es s

damit auch deren gesamte Produktion unter ihre Kontrolle zu bringen sucht. Dieser Angriff kann nur dadurch gebrochen werden, daß das Handels- und Finanzkapital einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Wirtschaft, insbesondere auf den Abschluß der Handelsverträge gewinnt. Außerdem muß dieser Industrie der Weg nach dem Osten offen gehalten werden, weil sie ohne Rohstoffquellen teurer produziert als die rheinisch-westfälische und französisch-lothringische Eisenindustrie. Deshalb ist auch der linke Flügel des Zentrums so stark in den Osthandelsgesellschaften vertreten. Der frühere Reichskanzler Wirth ist der stärkste Exponent dieser Politik. Der Kampf zwischen dem rechten und linken Flügel geht um die sogenannte westliche und östliche Orientierung der deutschen Politik. Deshalb sind auch die Spaltungsabsichten des linken Flügels durchaus ernst zu nehmen. Andererseits ist auch kein Zweifel darüber, daß es nur eine Frage ganz kurzer Zeit ist, daß das Zentrum offiziell in den sogenannten Bürgerblock eintritt. Die Haltung des Herrn von Papen im Preußenzentrum spricht schon dafür, genau so wie die Absonderung Wirths gegenüber der Reichstagsfraktion. Der Sieg des schwerindustriellen Flügels bedeutet aber auch gleichzeitig den Bruch mit der bisherigen „arbeiterfreundlichen" Politik des Zentrums. Es fällt dann die letzte Rücksicht und Berücksichtigung der Arbeiterinteressen.

Das Kabinett Luther ist nicht die Balanceierstange für die Monarchie, wie es der Schönredner der Sozialdemokratie und der außer Anwartschaft und Kurs gesetzte Außenminister Breitscheid betonte, sondern der Ausdruck der nackten und brutalen Kapitalherrschaft im Rahmen der Republik. Die Monarchie ist nur ein Symbol und noch dazu ein sehr überflüssiges Schild. Das Bekenntnis der schielenden — Verzeihung — Schiele und Genossen zur Republik entspricht nur der außerpolitischen Situation, die auf lange Zeit den Traum einer Monarchie gestattet und dadurch der jetzt zur herrschenden Klasse gelangten Schicht eine lange Lebensdauer gestatten soll. Sie können so das Kleinbürgertum ohne große wirtschaftliche Zugeständnisse an sich fesseln. Zur Aufrichtung ihrer Herrschaft und zur Durchführung ihrer Ziele braucht die Schwerindustrie und die Landwirtschaft nur das alte System der Unterdrückung, aber nicht die alte Flagge. Die republikanische Staatsform hat in dieser Richtung ihren Befähigungsnachweis schon in reichlichem Maße gebracht. In der Verfolgung der Arbeiterschaft und in bunten Ausnahmegesetzgebung hat sich gezeigt, daß die bürgerliche Republik der Welt der absolutesten Monarchie durchaus gleichwertig ist, wenn sie nicht über sie hinübertrifft. Die Frage Monarchie oder Republik ist für die deutsche Bourgeoisie noch ein Problem der Opportunität. Die monarchistisch aufgezogene und aufgetakelte Republik genügt schon für den Hausbedarf und als Alltagskost. Für die Sonntagspredigt und den Kirchengesang bleibt ja immer noch das hohe Ideal der Monarchie.

Die Kommunisten haben dem parlamentarischen Theater die eigentliche Weihe gegeben. Ruth Fischer in eigener Person hat die Grabrede auf das hohe Haus gehalten. Sie hat den Sturm der Massen unter Händeklatschen und Beifallsgetrampel vor den sichtlich amüsierten ehrenwerten Herren und Damen angekündigt. Die „einzige Arbeiterpartei" im Reichstag hat durch sie erklärt, daß „eine nationale Befreiung in Deutschland nicht anders als durch die soziale Revolution möglich ist". Nur diese könnte „das Kolonialland Deutschland vom Druck der Ententemächte befreien." Durch nationale Erhebung zur sozialen Revolution lautet das Rezept der 3. Internationale. Beide Ziele werden einfach gleichgesetzt. Diese „marxistische" Patentlösung der nationalen revolutionär kommunistischen Frage ist schlimmster Nationalbolschewismus, die Aufrichtung einer Gemeinschaft mit Ludendorff, dem schärfsten Gegner der klassenbewußten Arbeiterschaft. Das deutsche Kapital hat seine nationale Revolution schon hinter sich. Die Kriege der Jahre 1866 und 1870-71 haben ihm diese Befreiung gebrachbracht. Die Loslösung vom Druck des Ententekapitals ist keine „nationale" Befreiung mehr im alten Sinn, die dem nationalen Kapital die industrielle Entwicklungsmöglichkeit erst bringt, sondern nur eine Frage der Geltung innerhalb der schon durchindustrialisierten Welt. Es handelt sich hier nicht um die Entwicklung zur „Volkswirtschaft", sondern um die Einordnung in die Weltwirtschaft. Die KPD. bezweckt mit ihrer nationalen Befreiung den östlichen Zusammenschluß, während das deutsche Kapital sich die westliche Orientierung, das ist den Anteil an der industriellen Weltproduktion sichern will. Nur die loseste Phrase verbindet beide Bewegungen.

Es ist damit wieder nur der Beweis erbracht, daß die soziale Revolution nicht im Bündnis mit irgend welchen Teilen der Bourgeoisie durchgeführt werden kann. Das Proletariat ist in seinem Kampf allein auf sich gestellt.

Politische Rundschau

Bayrisches Magdeburg

„Wir können ruhig aussprechen, daß die deutschen Sozialdemokraten die infamsten und größten Halunken, die in der Weltgeschichte gelebt haben, sind."

R. Luxemburg: Gründungsparteitag des Spartakusbundes 1. Januar 1919.

Die deutsche Sprache ist zu arm, um die Schandtaten und moralischen Verwahrlosungen der deutschen Sozialdemokratie in passende Worte zu kleiden. Kaum ist der Magdeburger Prozeß zu Ende, läuft in Bayern, der deutschen Ordnungszelle, ein zweites Magdeburg vom Stapel.

Erhard Auer ist diesmal der „Führer", der sich vor dem Gericht der Bourgeoisie gegen Angriffe ehemaliger Parteigenossen reinwaschen will. Wir lassen eine Charakterisierung des Blumenstrauß-Auer folgen, so wie ihn seine Parteigenossen sahen:

Winter: „Erhard Auer ist eine Persönlichkeit, die im öffentlichen Leben steht und es sich gefallen lassen muß, daß ihre Taten in aller Oeffentlichkeit besprochen und behandelt werden. Das zwiespältige Verhalten des Privatklägers in politischen und privaten Dingen, dieses Doppelspiel, dieses charakterlose Anpassen an die jeweiligen Machthaber, hat die ganze Prson Auers während seines ganzen Lebens und Wirkens in der Sozialdemokratie beeinflußt.

Obwohl Auer genau weiß, daß nur durch das Doppelspiel der bayerischen Sozialdemokraten die Räterepublik möglich gewesen ist, fast zwei Drittel der Leute, die in der Nacht vom 6. zum 7. April 1919 die Räterepublik ausriefen, Sozialdemokraten waren, und die Opfer, die die Räterepublik kostete, Opfer der sozialdemokratischen Politik waren, schämte er sich nicht, diese seine eigenen Opfer in Flugblättern in den Dreck zu treten. Dies war nun der Anlaß, vor aller Oeffentlichkeit den Fall Auer zur Sprache zu bringen."

Winter geht dann auf die Zwiespältigkeit der Politik der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Führer bei jeder entscheidenden Situation in der deutschen Politik ein. **Die Winter dokumentarisch belegt.** Er spricht vom Januarstreik 1918, von der Revolution 1918, vom Ruhrkrieg und zeigt überall das Doppelspiel Auers und der Sozialdemokratie auf. Winter klagt das gegen ihn eingesetzte Schiedsgericht des Parteivorstandes ab, weil es nach den Enthüllungen in der Barmat-Affäre sehr fraglich wäre, ob bei diesem Schiedsgericht überhaupt etwas herauskommen würde. Nach Winter spricht Kämpfer: „Auer ist ein Protektionskind. Er hat alles getan, was ein Mann niedrigster Sorte tut. Er hat gegen den eigenen Gewerkschaftsbund zusammen mit dem christlichen Transportarbeiterverband konspiriert. Er hat in finanziellen Dingen gezeigt, daß er in diesen Oberhaupt keine Moral besitzt. Auer behauptet Kontributionsgelder erhalten zu haben. Ein nettes Zeugnis für einen internationalen Sozialisten! Auer hat systematisch versucht, durch die niedrigste Art der Bestechung, durch das Zahlen von Zechen, Einfluß auf die Funktionäre und die Mitglieder zu erhalten. Es war bei ihm gang und gäbe, daß er Gewerkschaftsfunktionären 40 bis 50 Mark schenkte und damit glaubte, diese Gewerkschaftsfunktionäre für sich kaufen zu können. Er benutzte jede Gelegenheit, sich durch Geld und List, durch irgend welche Leistungen in den Vordergrund zu drängen. Er war **zu gleicher Zeit Parteisekretär, Abgeordneter im Reichs- und Landtag, Vizepräsident des Bayerischen Landtags, Aufsichtsrat, Beirat, in der „Münchener Post" Chefredakteur und Bestimmer.**

Neben Winter und Kämpfer ist noch der verantwortliche Redakteur der „kommunistischen" Zeitung Dangmeier von der „Neuen Zeitung" angeklagt, weil er Teile aus der Broschüre: „Der Fall Auer", die von den Angeklagten Winter und Kämpfer vor der Reichstagswahl Mai 1924 herausgegeben und vertrieben wurde, abgedruckt hat.

Erhard Auer bestreitet selbstverständlich sein Reichtum, bei diesem wenigen Posten ist's auch unmöglich, sich einen Notgroschen zurückzulegen. Es ist alles nur Phantasie. Im übrigen sei er gegen jede Diktatur. Auch gegen den Munitionsarbeiterstreik sei er gewesen, dafür aber desto mehr für die nationale Verteidigung (in der Etappe selbstverständlich). Auch der Ruhrkampf hat seine Billigung gefunden, solange er Aussicht auf Erfolg hatte.

Für die „Neue Zeitung" gab R. A. Liebknecht noch eine Erklärung ab, die nicht ohne Interesse sein dürfte, uns die wir darum folgend wiedergeben:

„Der Redakteur der „Neuen Zeitung" hat es als seine selbstverständliche Pflicht betrachtet, die Anklagen gegen Auer nachzudrucken und zur Klärung der Verhältnisse innerhalb der Arbeiterschaft in die breiteste Oeffentlichkeit zu bringen.

Das Doppelgesicht, welches hier von Winter und Kämpfer als das Doppelgesicht der Politik Erhard Auers geschildert wird, dieses Verstoßen gegen jede und alle Interessen der Arbeiterschaft, das ist das wirkliche Gesicht der SPD. Das Doppelgesicht Auers im Generalstreik 1918 ist das Doppelgesicht, das Noske in Chemnitz zeigte, das Ebert in Berlin zeigte, das die ganze deutsche Sozialdemokratie während des Krieges zeigte, die sich in diesen Jahren der deutschen Arbeiterschaft verkaufen zu können, um die deutsche Arbeiterschaft vor den Wagen der nationalen Bourgeoisie zu spannen. Das ist eine Täuschung der Massen, die man nicht billigen kann. Man versteht es, wenn an endlichen Kampfe sich zwei Gegner gegenüberstehen, und sie sich nach der Niederlage des einen ritterlich verständigen. Hier aber hat einer den andern meuchlings zu Boden gestreckt. Wenn man nun eine solche Persönlichkeit sieht, indem man ihr Dreckgetränke ins Zimmer schickt, obgleich man mit dem Ermordeten politisch befreundet war, so ist das eine Handlung, für die jede psychologische Erklärung fehlt. Es besteht die Notwendigkeit, das Gesicht der SPD. in seiner Wirklichkeit vor der gesamten deutschen Arbeiterklasse aufzuzeigen. Gerade hier in diesem Prozeß muß Klarheit über das Doppelgesicht der SPD. geschaffen werden."

Unseres Erachtens nach, kann die SPD. nicht mehr entlarvt werden. Unseres Erachtens nach können die Werktätigen nicht anders zu Bewußtsein gebracht werden, als Sinowjew sagt, daß „Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind eins, wer da noch immer ruft, hinein in die Gewerkschaften, zwingt erneut das Proletariat in den Bann der größten und infamsten Lumpen der Weltgeschichte, in den Bann der Sozialdemokratie, in der Auer mit seinem Blumenstrauß nicht einmal eine besondere Blüte darstellt.

Pierre Joseph Proudhon, der Theoretiker des Anarchismus

(Zum 60. Todestage.)

(Schluß.)

Auf politischem Gebiet verhält sich Proudhon schroff ablehnend zum Staat und der Staatsmacht, und legte damit den Grund zum Anarchismus. Er war der Meinung, daß jede Regierung durch ihre Einmischung in das öffentliche Leben nur Schaden stiftet und den Bürgern, ihr Leben einzurichten, indem sie alle Staatsmacht boykottieren. „Die Macht muß besiegt werden", schrieb er, „ohne daß man von ihr irgend etwas verlangt; der Parasitismus des Kapitalismus muß aufgedeckt und durch den Kredit ersetzt werden; die Freiheit der Persönlichkeit muß durch Organisation der Initiative der Massen verwirklicht werden". In diesem Mißtrauen dem Staate gegenüber offenbart sich auch wieder die kleinbürgerliche, bäuerliche Psychologie Proudhons. Der Bauer hat bisher im Staate nur einen Apparat zur Aufsaugung von Steuern gesehen, und zwar haben revolutionäre Regierungen dieses zuweilen besonders eifrig getan. Bemerkenswert ist die Auffassung Proudhons über Demokratie und allgemeines Wahlrecht. Sehr richtig sagt er: „Das allgemeine Wahlrecht ist Konterrevolution", ein Wort das besonders dann auch von Bakunin aufgegriffen wurde. Aber trotzdem, dieser Haß Proudhons gegen den Staat überhaupt, hinderte ihn nicht, mit dem Despotismus Napoleons III. zu kokettieren, indem er von diesem alle Verwirklichung seiner kleinbürgerlichen sozialen Utopien erwartete.

Indem endlich Proudhon die volle Freiheit der Persönlichkeit forderte, schloß er aus der Sphäre dieser Freiheit die Frauen aus. Er verspottete in boshafter Weise das Streben der Frauen nach der Befreiung von der Familiensklaverei und war der Meinung, daß der Platz der Frau nicht im öffentlichen Leben, sondern in der Küche und bei den Kindern sei.

Kurz, in allem kam bei Proudhon der beschränkte, kleinbürgerliche Gesichtskreis des kleinen Bourgeois und dessen ständiges Schwanken zwischen Arbeit und Kapital zum Ausdruck. Und so ist es auch erklärlich: die Ideen Proudhons erfreuten sich eines Einflusses gerade in jenen Ländern, in denen die bäuerliche und handwerkliche Wirtschaft vorherrschte, in denen das Großkapital wenig entwickelt und zugleich der staatliche Bürokratismus bei der Bevölkerung besondere Erbitterung hervorrief. Von dieser Art war die Lage in Frankreich, Italien und Spanien. In diesen Ländern waren die Arbeiter lange Zeit von „Proudhonismus" angesteckt, und in ihnen war später am stärksten der Anarchismus und Anarchosyndikalismus entwickelt, die ebenfalls den politischen Kampf und die Errungung der politischen Macht im Staate durch das Proletariat ablehnten.

Aus ebendemselben Grunde haben die anarchistischen Ansichten Proudhons besonders in Rußland lange unter der sozialistischen Intelligenz geherrscht. Der schon erwähnte volkstümliche Sozialist Michailowsky schrieb: „Die soziale Frage in Rußland ist eine konservative Frage, denn es handelt sich um die Bewahrung der Arbeitsgeräte des Werktätigen für diesen". Das Bestreben der Bauern, das gutsherrliche Land aufzuteilen, wurde lange Zeit als ein Streben zum Sozialismus betrachtet. Und in dieser Hinsicht gebührt Proudhon das Vorrecht. „Der Bauer wartet nur auf ein Signal", sagt er, „er will Land haben, er verschlingt es mit seinen Blicken, und es wird seinem Verlangen nicht entgehen." Der Bauer ist vor allem revolutionär gesinnt; das wird ihm von seinen Gedanken und Interessen diktiert".

Und dieser „Sozialismus der Aufteilung", statt der Organisation der gesellschaftlichen Produktion, hat die kleinbürgerliche Psychologie der Massen zur Grundlage, aus welcher der kleinbürgerliche Anarchismus Proudhons hervorgegangen ist.

Aber bei aller Unrichtigkeit und Kleinbürgerlichkeit vieler Ideen Proudhons kann man seine großen Verdienste auf dem Gebiete der Kritik der kapitalistischen Ordnung und ihrer Verfechter, ebenso auch seiner Kritik des bürgerlichen Staates nicht ableugnen. Und wenn wir heute deshalb Proudhon an seinem 60. Todestage besonders hervorheben, so deshalb, weil er durch seine erbarmungslosen und scharfen, wenn auch bei weitem nicht immer erfolgreichen Angriffe auf die bürgerliche politische Oekonomie (in dem Buch „Was ist Eigentum?") zweifellos zur Weckung des ökonomischen Denkens im Sozialismus beigetragen hat.

Paul Ulermann: „Könige der Inflation"

Unter diesem Titel ist im Verlag für Sozialwissenschaft Berlin (letzt in dritter Auflage) ein Buch erschienen, welches in Anbetracht der Konzernzusammenbrüche einiger Beachtung bedarf. — Während die Arbeiterschaft unter den Folgen des Weltkrieges leidet, versuchen die Kapitalisten den Zerfall der Nachkriegswirtschaft auszunutzen, ihre Offensive gegen das Proletariat fortzusetzen und die Einheit der kapitalistischen Front in allen Ländern der Welt aufrecht zu erhalten. Die Träger des kapitalistischen Systems verharren einerseits im Optimismus, sie glauben, daß es „für sie noch reichen wird", und andererseits sind sie von der Ewigkeitsdauer des kapitalistischen Systems überzeugt; ihrer Meinung nach ist die Revolution mit einer Sturmflut zu vergleichen, die abflaute und durch eine Stille auf dem Ozean des Weltimperialismus abgelöst wird.

Das ist ungefähr die Psychologie der hervorragendsten Vertreter des deutschen Kapitalismus, von denen wir eine ganze Galerie in dem interessanten Buche Ulermanns finden. Zehn typische Vertreter des modernen Kapitalismus werden vom Verfasser charakterisiert. Trotzdem er bemüht ist, jeden einzelnen zu individualisieren, erscheinen sie uns als eine internationale Verkörperung des Kapitalismus. Die individuellen Charakterzüge der einzelnen gehen in dem Ganzen unter. Das ist nicht verwunderlich, denn die Gleichheit ihrer Grundtendenz und die markantesten Züge ihrer Moral sind unter den gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen der Kriegs- und Nachkriegsperiode entstanden. Alle Figuren bei Ulermann werden zusammengefaßt, stellen eine bestimmte Gruppe dar, die deutlich den Stempel ihrer sozialen Herkunft im Antlitz trägt. Die höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus, der Imperialismus, die neuen Könige der Inflation, unterscheiden sich wesentlich von den frühesten Beutejägern und sogar von ihren jüngsten Vorgängern im 19. Jahrhundert. Der imperialistische Kapitalismus, zum Unterschied von seinem Vorgänger, der durch die Vorherrschaft der freien Konkurrenz gekennzeichnet wird sowie durch seine im kapitalistischen Sinne fortschrittliche Rolle in der Geschichte der Menschheit, hat mit genügender Klarheit seine Grundtendenz enthüllt, die darauf hinausläuft, die Herrschaft einer kleinen monopolistischen Milliardärgruppe über die ganze Welt auszuüben. Somit ist der Kapitalismus auf seiner höchsten Entwicklungsstufe nicht mehr ein Faktor des Fortschritts, sondern eine Quelle der Unterdrückung und Reaktion. Er stellt die Menschheit vor die entscheidende Frage: entweder das höhere Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung, den Sozialismus zu verwirklichen, oder hoffnungslos in die Barbarei zurückgeworfen zu werden. Im übrigen weist schon der Titel: „Könige der Inflation", deutlich auf die Herkunft der Ulermannschen Heldengestalten hin. Der Begriff „Inflation" wurde während und besonders nach dem Kriege populär. Wollen wir also die dieser neuen Kapitalistengeneration anhaftenden Besonderheiten kennen lernen, so müssen wir die „Naturgeschichte des neuen Reichtums" studieren, wie sich Ulermann im einleitenden Kapitel seines Buches ausdrückt.

Unter anderem sagt der Verfasser: „Der große Krieg, der Millionen Menschen in Not und Elend stürzte, diente einem kleinen Häuflein als Basis für Macht und Reichtum. Der Krieg entfachte eine ungeheure Geldgier. Wie vorher war es einzelnen Glücksrittern mit einem so geringen Aufwand von Energie gelungen, die höchsten Stufen der gesellschaftlichen Leiter zu erklimmen, so auch in dem letzten Jahrzehnt. Der imperialistische Krieg verursachte letztendlich letzten Endes eine gewaltige Umgestaltung der Struktur der modernen Gesellschaft. Die Inflation legte endgültig den Mittelstand hinweg, erdrückte den Rentner, der bisher beschaulich von Zinsen seiner Ersparnisse gelebt hatte. Die Inflation war, wie der Verfasser bildlich ausdrückt, die schwere Artillerie, mit deren Hilfe die Unternehmer die Bollwerke der Arbeiterfront in Trümmer legten. Seit Entstehen der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland hatte die Arbeiterklasse keine in ihren Folgen so schwere Niederlage erlitten (1923—1924 die Blütezeit der Inflation). Als die Inflation in der Lethe*) versank, zog sie auch den Achtstundentag und andere soziale Errungenschaften der Arbeiterschaft mit sich hinab." (Seite 13 bis 14.)

„In der Zeit, da die Pest der Inflation immer größere Bevölkerungsschichten hinwegraffte, erreichten einige wenige Günstlinge des Glücks die Spitze der Macht und der Herrschaft. Es waren dies Spekulationsritter, die das Geheimnis der Markentwertung und der Inflation erkannt hatten. Sie spekulierten auf Baisse, nahmen riesige Kredite auf und legten das Papiergeld in realen Werten an. Die alten Dynastien der Hohenzollern und Habsburger stürzten zusammen. Neue Potentaten entstanden, die jedoch wirtschaftlich und finanziell weit größere Macht besaßen." (Seite 14.)

Wie Zarans ergeben sich mit aller Klarheit die Grundzüge der internationalen Kapitalsritter. Die Helden Ulermanns erscheinen vor uns in erster Linie als Leute, die von einer unstillbaren Gier nach Bereicherung erfüllt sind, die das größte Unheil, das je die Menschheit betroffen hat, in ihrem Interesse ausnutzten, ihren persönlichen Wohlstand auf Hunger und Not der Massen aufbauten, die mit allen Geheimnissen der Entwertung, mit dem komplizierten Mechanismus der Inflation vertraut waren. Mit Hilfe von Krediten der Reichsbank und privater Bankunternehmungen kauften sie eine Betrieb nach dem anderen auf und zahlten ihre Schulden mit inzwischen vollständig entwertetem Geld zurück. Sie erzielten also auf Kosten der Reichskasse kolossale Gewinne, begnügten sich nicht mit den engen Grenzen ihres Landes, sondern kauften auch Unternehmungen im Auslande auf, die sie zu gigantischen Konzernen mit hunderttausenden Arbeitern vereinigten, und streckten ihre Fühler in alle Teile der Welt aus. Bemerkenswert ist, daß diese Könige der Inflation, wie Otto Wolff, Alfred Hans, Rudolf Karstadt, Jakob Michel, vor allem aber der größte unter ihnen, Hugo Stinnes, ferner Castiglioni und Siegmund Borsig ihre Mitarbeiter, die sich in den Jahren der Inflation und Nachinflation herumgetrieben hatten, und versklavten Oesterreich und ganz Deutschland zu einem Tummelplatz ihrer Machtgelüste. Die vertikale und horizontale Konzentration der Industrie erreichte in den letzten Jahren des Krieges und der Inflation einen schwindelerregenden Umfang. Sie übertraf die alle hundertjährigen Erfolge der bisherigen Industriellen. Die machtvollsten dieser Könige der Inflation waren sich über die Bedeutung der öffentlichen Meinung klar und kauften daher auch den größten Teil der Presse auf, der nun die Aufgabe zugewiesen wurde, die Massen im imperialistischen Sinne zu bearbeiten.

Unter den Königen der Inflation tritt am schärfsten der unlängst verstorbene Hugo Stinnes hervor, dieser in seiner Sucht nach Reichtum und Macht grausame und zügellosester „ungekrönte König" Deutschlands. Er war das Rückgrat des imperialismus, der hauptsächlichste Ratgeber und die Autorität der faszistischen Militärkluque, die von einer Restauration der der Monarchie träumt. Ulermann charakterisiert geschickt die von Stinnes während des Krieges und nachher gespielte Rolle. Stinnes ist die Hauptschuld, daß Deutschland von seinen Gegnern mit schier unendlichen Lasten überbürdet wurde.

Weiter gibt der Verfasser interessante Schilderungen über den österreichischen Stinnes, Castiglioni, sowie über Bosel und Michel, vor dem Kriege vollständig unbekannte junge Leute, die erst während des Krieges kam. Sie fingen als kleine Aufseher und Angestellte in Industrie-Unternehmungen an Kaufleute oder Angestellte in Industrie-Unternehmungen und bahnten sich später mit Hilfe ihrer offiziellen Verbindungen den Weg zu Direktorenposten. Jetzt boten sich ihnen weiteste Perspekiven für Bereicherung durch Spekulationen.

Mögen weist das Buch Ulermanns insofern auf, als eine vollständige und genaue Analyse des Inflationsmechanismus fehlt, sowie eine detaillierte Charakteristik der Ausnützungsmethoden dieses Mechanismus zur unrechmäßigen Bereicherung einer kleinen Gruppe kapitalistischer Räuber, die rücksichtslos die staatlichen Geldquellen und die Massen ausbeuteten. Wir können das Buch Ulermanns trotz verschiedener Mängel empfehlen. —

*) Lethe: Vergessenheit — Fluß in der Unterwelt.

Die barmatisierte Demokratie

Aus zwei Nummern der „D. A. Z." bringen wir unten einen kleinen Ausschnitt demokratischer Alltäglichkeiten. Von den geflüchteten und aufgehängten Bankiers etc. und von den kleineren Schiebungen, die in der Tagespresse ganze Spalten füllen, können wir keine Notiz nehmen, da dies die ganze Zeitung füllen würde.

Nach Barmat — Mannesmann.

Auch die schwerindustrielle völkische Mannesmann-Industrie- und Handels-A.-G. hat die Reichspost um 8½ Millionen — angepumpt. Die Firma war Jahre hindurch vor dem Kriege schwer notleidend; heute scheint es ihr — wenigstens den Inhabern — gut zu gehen. Die Post gab der Mannesmann'schen „Depositen- und Handelsbank AG." 5 Millionen ohne Sicherheit, der Mannesmann-Industrie- und Handels-AG. 2½ Millionen und einem Mannesmann persönlich 1 Million. Die Depositen- und Handelsbank-A.-G. der Mannesmann-Gesellschaft, von der die Industrie- u. Handelszeitung schreibt, ihre Geschäftsführung war, „gelinde gesagt, unerhört unsachgemäß", ist — pleite.

Auch Troschke.

Vor dem großen Schöffengericht in Tempelhof beginnt ein umfangreicher Schieberei- und Durchstechereiprozeß, in dem der bekannte Automobil-Großunternehmer Fritz Troschke im Mittelpunkt stehen wird. Durch Beamtenbestechung im Reichsverwertungsamt ist das Reich um viele Millionen betrogen worden. Mehrere renomierte Autounternehmen brachten in großem Maße Waren an sich, die aus Heeresbeständen für Schwerkriegsbeschädigte zu billigen Preisen bestimmt waren. Die ehrenwerten Kaufleute „kauften" die Schwerbeschädigten-Bescheinigungen gleich paketweise und verschafften sich die Waren, fast umsonst. Es soll sich um tausende Autos handeln, — Auf den Prozeß werden wir noch zurückkommen.

Ein Finanzskandal der Leipziger Stadtbank.

Eine kleine Privatbank hat die Leipziger städtische um — soviel bis jetzt bekannt ist — 677 000 Mark geprellt. Zwei höhere Beamte wurden ihres Postens enthoben.

Ein Millionenbetrug in der Hessischen Landes-Kreditbank.

Landesrat Dr. Werner Poppe, der Leiter der Hessischen Landes-Kreditbank und die Fabrikdirektoren Wilhelm und Fritz Katzenstein wurden verhaftet. Dr. Poppe hatte den Katzensteins aus den Steuergeldern der Landes-Kreditkasse auf eine Zeit von einem Monat von 60 000 Mark „Schiebmit" 1 048 999 Mark gepumpt. Dr. Poppe hatte noch als Privatmann amtliche Gelder verliehen und für sich persönlich Zinsen von 5 und 6 vH. ausbedungen. Alle drei verkauften dann einem Maurermeister Heinrich Lichtenberg in Essen den wertlosen Katzensteinschen Besitz für 1½ Millionen Mark. Als L. den Schwindel merkte, ließen sie ihm (umgeben mit dem amtlichen Nimbus) ein Bankkonto von 2½ Millionen Mk. „beschlagnahmen". Lichtenberg brachte den Stein ins Rollen.

Die Reichsbank in den Spuren der Staatsbank.

Bankier Katz in Hannover bestach Reichsbankbeamte und prellte mit ihnen die Reichsbank um mehrere Millionen. Katz, der nach Coba entflohen war, wurde vor einigen Tagen in das Gefängnis in Hannover eingeliefert.

Ein Konzern von Schwindelfirmen.

Die Polizei schloß folgende Firmen: Scherje und Riemann, Jägerstraße; Im- und Export M. Kleiner, G. m. b. H., Alexandrinenstr.; Wruck, Rathenower Str.; Im- und Export, Leder und Textil-G. m. b. H. An der Schleuse 5a; Schulz, Stiefel und Leder, Unter den Linden 43; Nordico Curtius, Leder, beide in Hamburg. — Diese Firmen gaben sich gegenseitig als Referenzen auf, bürgten für einander, kauften Waren ohne sie zu bezahlen und verschleuderten sie. Auf diese Weise prellten sie auch Banken bis zu 500 000 Mark. — Inhaber und Angestellte wurden verhaftet, soweit sie nicht flüchteten.

Einige Bemerkungen zu den Debatten in Rheinland-Westfalen

Von der Bezirksleitung Rheinland-Westfalen der KAPD. gingen uns vor etlichen Wochen Berichte zu, die in der Nummer 99, Jahrgang V und in Nummer 2, Jahrgang VI der „KAZ." wiedergegeben sind. Eine Reihe von Artikeln wurde angekündigt, nach deren Erscheinen wir unsere Stellung zu den aufgeworfenen Fragen klarlegen wollten. Da nun weitere Artikel nicht eingelaufen sind, nehmen wir in folgendem zu der Frage in Rheinland-Westfalen Stellung.

Wenn man bei der Prüfung der Existenznotwendigkeit der AAU. und KAPD. von örtlichen Verhältnissen ausgeht, und dem so gewonnenen Resultat allgemein prinzipielle Bedeutung gibt, dann darf man sich nicht wundern, wenn so viele „prinzipielle" Ansichten innerhalb der Organisation auftauchen, wie es letzten Endes „örtliche Verhältnisse" gibt; ganz davon abgesehen, daß die „Verschiedenheit" der „örtlichen Verhältnisse" lediglich mit dem Maßstab der Phantasie gemessen wird. — Die AAU. und KAPD. haben als Kampfbasis und Leitmotiv den revolutionären Internationalismus, daran zu rütteln darf in keinem Falle zugelassen werden. — Was sollte denn das werden, wenn einige Genossen, die irgend einem Winkel isoliert ständen, — von ihren örtlichen Verhältnissen gesehen mit Recht — die Auflösung beider Organisationen beantragen würden? — Eine revolutionäre Organisation ist dann da, wenn in dem Bewußtsein der sie bildenden Arbeiter ihre Notwendigkeit erkannt wird; dieses Bewußtsein drängt die Arbeiter zur Tat, und diese Tat ist ein Schritt vorwärts. Ist in Anbetracht besonderer Umstände die Organisation irgendwo nicht mehr zu halten, so hat dies mit „aktuellen Problemen der Organisation in der Revolution" garnichts zu tun. Wenn dann als höchste Weisheit verkündet wird: („KAZ." Nr. 2) „Zwei Organisationen, die getragen werden von gleichen Kräften in demselben Aufgabenkreis (wie sie es heute sind), sind zu einer prinzipiellen u. organisatorisch. Unhaltbarkeit geworden. Eine AAU., die sich lediglich als zweite KAPD. erweist, hat keine geschichtliche Existenzberechtigung", und dies aus „veränderten Klassenkampfbedingungen" notwendig sein soll, so ist dies so starke Betonung der Notwendigkeit der Partei wirklich nicht zu verstehen. In diesen Sätzen liegt so viel „Korsequenz", daß man mit Fug und Recht sagen kann: Ade Revolution! Es ist soweit, daß die Prinzipien der AAU. und KAPD. zu einer prinzipiellen Unhaltbarkeit geworden sind. Nun, sind sie das, dann kann man ein Stück von diesen Prinzipien unmöglich „aufheben". — Es sei zugegeben, daß das darf gar nicht so prinzipiell gemeint ist, aber weil dem so ist, darf nicht gezögert werden, einen Irrtum zu korrigieren.

Der Kampf um die Organisation der Revolution kann unmöglich geführt werden unter der gleichzeitigen Parole: „Zu früh!" Er wird geführt um das Höchstmaß des jeweilig erreichbaren in prinzipieller und organisatorischer Hinsicht. Die Union als Klassenorganisation kann bei einem Rückfluten der revolutionären Welle zusammenschmelzen. Dann stehen die AAU., die einzelnen BO. immer noch als Glieder der Gesamt-Union und bilden mit derselben eine Einheit. Ihre Aufgaben sind die der AAUD. in besonderen die im internationalen Maße und die der AAU. in besonderen Aufgaben im allgemeinen. Die beste Propaganda für die AAU. ist immer noch ihr Vorhandensein, doch wohl nicht die Auflösung?! Eine Partei, die „um ihres Selbsterhaltungstriebwillens sich dann hergäbe, die noch vorhandenen BO.'s durch einen Druck auf dieselben aufzusaugen, würfe damit ihr eigen Programm über Bord. Um der Revolution, gerade um der Revolution und dadurch um ihrer selbst willen, darf die Partei solche Gedanken nicht unterstützen, sondern muß sie bekämpfen.

Gewiß, wir befinden uns in einer Periode der Reaktion, in der fast in der Gesamtorganisation die Arbeit in beiden Organisationen auf denselben Schaltern liegt. Unmögliches ist unmöglich, das ist richtig. Es wäre auch ein Fehler, in eine Organisationsmeierei zu verfallen, nur um eine Organisation zu halten, Und es sei zugegeben, daß man bei starkem Kräfteschwund darüber reden kann, — beide Organisationen sich darüber aussprechen — was in Anbetracht geringer Kräfte getan werden kann, und was einstweilen zurückgestellt werden muß. Aber dies ist eine „örtliche" Angelegenheit und deshalb keine prinzipielle Frage der Gesamtorganisation, oder gar ein „Aktuelles Problem der Revolution". Aber selbst bei der Ueberprüfung der Kräfte muß die erste Frage beantwortet werden: Kann die Partei im Interesse der Gesamt-Union einen Stützpunkt für die Union schaffen? Oder will sie die Gesamtunion, wenn auch nicht aus bösem Willen, sabotieren? Die AAU. ist eine besondere Organisation, mit besonderen Aufgaben, eigener Presse usw. Ihr aus eingebildeten veränderten Klassenkampfbedingungen die Glieder vom Leibe zu trennen, um sie gelegentlich wieder anflicken zu wollen, ist jedoch im wahrsten Sinne des Wortes Organisationsspielerei. Eine „Theorie" daraus zu machen, ist im höchsten Grade schädlich.

Um so mehr, als wir sehen, daß die Frage der Gewerkschaften nicht von der Tagesordnung verschwindet! Und um so mehr, als selbst die Genossen in RW. erklären, daß die Krise des Kapitals an Verschärfung zunimmt. Daß die BO. nicht mehr vorwiegend in den Betrieben wurzeln, ist doch verdammt nicht ihre Schuld. Wundern kann sich eigentlich nur jemand, der in der Illusion lebt, daß die AAU. so langsam und schmerzlos die Betriebe erobern könnte, Ob im oder außerhalb der Betriebe, die BO. sind unlösbar mit der Revolution verbunden, und werden, wo sie es heute nicht mehr sind, bei dem ersten Sturm der Revolution im Betrieb sein. Ob durch die Arbeiter, die uns heute noch fern stehen, oder durch unsere Genossen selbst, ist dabei gleichgültig. Nebenbei bemerkt, ist jeder KAPD.-Genosse im Betriebe BO.-Genosse! Wenn man also aus dem Grunde, weil die B. O. nicht mehr vorwiegend in den Betrieben wurzelt, die AAU. auflösen will, so kann man auch gleich die KAPD. auflösen. Letzten Endes ist die BO. nicht abhängig davon, ob der Teil der jeweiligen Mitglieder größtenteils auf der Straße liegt, oder nicht, sondern davon, ob in den Köpfen der Arbeiter sich die Umwälzung vollzieht. Die KPD. z. B. denkt gar nicht daran, ihre Betriebszellen abzubauen, im Gegenteil, sie hat erkannt, daß nur durch diese Scheinkonzession an den Gedanken der Union die Proletarier momentan noch bei den Gewerkschaften gehalten werden können. Sorgen wir dafür, daß diese Betriebszellen recht bald von unserer Theorie ergriffen werden, dann ist jede Betriebszelle eine BO.! und vergeuden wir die Zeit nicht mit einer Diskussion, die bei nüchterner Betrachtung nur das Resultat einer grundsätzlichen theoretischen Unsicherheit ist.

Die Bezirks-Konferenz Rheinland-Westfalens wird daher allen

wenn man den Tanz der KPD. um die Amnestie mitansieht. Dieser Tanz entschleiert ihre wahre Gestalt so gut, wie der Tanz Salomé's die Schönheiten der Tochter des Herodius. Und wem alle sieben Schleier gefallen sind, steht da die wirklich nicht verlockende Gestalt einer Sozialdemokratie 2. Auflage. Denn was anderes bedeutet es denn, wenn im selben Augenblick, als man scheinbar mit lautestem Geschrei um die Befreiung der politischen Gefangenen „kämpft", man alle Anstalten trifft, um diese, mit Zustimmung der SPD. und „aller bürgerlichen Parteien bis zur Mitte" befreiten dann auf schnellstem Wege wieder in die Hände ihrer Henker zu liefern. Anders nämlich kann man die neue Gewerkschaftstaktik der KPD. nicht bezeichnen. Es ist ja nicht anzunehmen, daß die zahllosen intellektuellen Hammeltreiber der KPD., deren Profession die Politik ist, ein gleichfalls so schlechtes Gedächtnis haben wie die deutschen Proleten, denen dank ihrer „zweckvoll" ausgewählten Zeitungslektüre obige Tatsachen rein aus dem Gedächtnis entschwunden sind. Also kann man diesen Leuten nicht mal den „guten Glauben" als mildernden Umstand in Anrechnung bringen. Sie wenigstens wissen ganz genau, daß die deutsche proletarische Revolution bis heute alle ihre Mißerfolge der Stärke der Gewerkschaften und ihrer sozialistischen Ideologie verdankt. „Aber" — so wird man hier einwenden — „sie" bestreiten ja das nicht. Eben darum wollen sie ja die Gewerkschaften erobern, um sie umzugestalten, um aus ihnen wirkliche Instrumente des Klassenkampfes zu machen. Man lasse sich nicht von diesen Phrasen einfangen! Gesetzt den Fall, die Eroberung ausschlaggebender Posten in den Gewerkschaften gelänge. Nun, es wäre dies nicht die erste „Eroberung", die wir erleben; die Eroberer, die ehemaligen Usepeter, sitzen heute alle wieder brav und bieder in der SPD., und die eroberten Gewerkschaften gleichen den uneroberten wie ein faules Ei dem anderen.

Das kann auch garnicht anders sein. Denn die Gewerkschaften sind echte Kinder der sozialdemokratischen Ideologie der Massen, und die besetzt man nicht durch Eroberung einiger führender Posten, wozu dann die proletarischen Massen Vorspanndienste leisten müssen. Die ganze Organisationsform der Gesellschaften rangiert sie zu den Institutionen, die „sich auf den Boden der gegebenen Verhältnisse" gestellt haben, und sie haben als solche gar kein Interesse, den Boden auf dem sie stehen, zu zerstören. Jede Stärkung der Gewerkschaften bedeutet also eine Stärkung der Position der augenblicklichen wirtschaftlichen Machtverhältnisse. Und von wie entscheidendem Einfluß die Stärke einer solchen Organisation sein kann, erlebten wir in den Novembertagen. Die Energie einer revolutionären Organisation hat sich daher vor allem auf die Zerstörung der gegnerischen Stellungen der Bourgeoisie zu richten. Das Gegenteil hiervon tut die KPD., d. h. sie schafft mit ihrer „Gewerkschaftstaktik" die Voraussetzungen dafür, daß an Stelle der jetzt vielleicht befreiten Vorkämpfer der proletarischen Revolution baldigst neue Hekatomben in die Gefängnisse wandern können. Das ist aber nicht nur ein einfacher Platzwechsel. Die Erfahrung hat uns leider darüber belehrt, daß oft wenige Monate „entsprechender" Gefängniskur hinreichen, um dem gefangenen Revolutionär Leib oder Seele so zu ruinieren, daß wir ihn nicht mehr mit dem alten Wert zu Gunsten des Klassenkampfes buchen können. — Da die Zahl der Gefangenen der „demokratischen Republik" nun ja nicht im Ueberlose wachsen kann und ihren Leitern schon vor dem „erfolgreichen" Resultat der 7000 Tonnen wird, ist die Handlungsweise der KPD. auch hier, wie so oft an anderen Stellen als nichts anderes zu betrachten, denn als ein Zuhälterdienst für die Bourgeoisie, wie es deren in ihrer Geschichte schon mehrere gibt. Siehe „Ruhrkrieg" und revolutionär angestrichener Nationalismus.

Menschenfleisch auf dem Markt

Dies ist kein Schlagwort mehr! Der „Menschenfleischhandel" ist keine bildliche Konzentration sozialen Elends. Die bürgerliche Gesellschaftsordnung hat einen Grad moralischer Auflösung erreicht, daß diese Ueberschrift greifbare Wirklichkeit geworden ist. Auf dem Wochenmarkt in Breslau hat sich seit Jahren ein Stand mit Menschenfleisch befunden. Menschenfleisch wurde feilgeboten, gekauft, gespeist. Wie die Fleischerinnung (!) zu Breslau mitteilt, hat sie einwandfrei feststellt, daß der Mündelbürger Massenmörder Denke auf dem Breslauer Wochenmarkt seinen festen Stand und seine feste, gute Kundschaft hatte. Denke war eine populäre Persönlichkeit und wurde Vater und Onkel Denke genannt. Unter der „Kontrolle" der Polizei des Herrn Sozialdemokraten Loebe, unter „Kontrolle" der amtlichen Tierärzte der Demokratischen Republik! Denke zahlte seine Steuer an die Stadt Breslau und an den preußischen Staat so gut wie jedes Bordell oder Bankgeschäft.

Gleichzeitig wird noch bekanntgegeben, daß die billige Fleischqualle in Münsterberg mehreren Familienvätern bekannt war. Sie fuhren oft zu Denke und kamen mit wohlgefüllten Rucksäcken nach Breslau zurück. Eine Anzahl der Denkeschen Kunden, hauptsächlich Frauen, liegen krank darnieder, seit ihnen die grausige Wahrheit bekannt ist.

Die Raserei hat sich von Münsterberg nach Breslau fortgepflanzt. Die Münsterberger behaupteten — wahrscheinlich aus Lokalpatriotismus — daß ihr Bauchrimmen in der Denkeschen Rhabarberplantage wuchse. Die Breslauer sind offener. Fleischerinnung und Landbund sollten sich zusammentun und sachverständige Marktkontrollkommissionen einrichten. Wer weiß, wieviele Proleten so in der „freiesten Republik der Welt" Menschenfleisch fressen. Die billigen Fleischpreise haben ihre Ursache nicht allein in dem vielen Rindvieh.

Die Aufregung ist übrigens ganz deplaziert. Denke ist tot und seine Fabrik wahrscheinlich doch nicht nur unter Geschäftsaufsicht. Wer für die Gesellschaftsordnung ist, die die Denke, Haarmänner, Ludendorffer etc. als Folge und Voraussetzung hat, hat kein Recht, sich über deren Produkte aufzuregen. Wie lange ist es denn her, daß der als größter Held gefeiert wurde, der die meisten totschlug? Oder regen sich die Spießer über sich selbst auf, daß sie die Ruhmesblätter ihrer Lokalbeiden fraßen? Ist denn der Mensch so ein ekelhaftes Gewürm, und nur das eigene „Ich" göttlich wertvoll? Wo steckt da die Logik?

Die Münsterberger Polizei, unter deren Obhut der Herr Denke seine Fleisch- und Lederwarenfabrik betrieb, hat gegen den „Hadewichsburschen" Olivier auf Streichen Strafantrag wegen Bettelns gestellt. Olivier, der durch seine energische Gegenwehr mit dem Leben davon kam und den Stein ins Rollen brachte, wurde vom Amtsgericht Münsterberg darauf zu 10 Tagen Haft verurteilt! Fürchten die „Münsterberger" daß Denke allein nicht genügt, um ihren Ruhm ihrer Nachbarstadt Kalau anzugleichen?

Ein Staatsanwalt verhaftet

In dem Staatsbank-Barmat-Sozialdemokratie-Skandal sind einige untergeordnete Ordnungsstützen festgesetzt, um dem Michel Honig in den Bart zu schmieren. Und schon jubelt die ganze bestochene parlamentarische Klique von rechts bis links (bis ganz „links") das Portefeuille mit den Staatsbanknoten fester in die Hand drückend —: „Gott sei Dank, es gibt noch Staatsanwälte und Richter in Berlin" (unter „Richter" ist nicht der „Genosse" vom Alexanderplatz gemeint). Und die Staatsanwälte — die Anwälte des demokratischen Staates — sind manchmal so tüchtig, daß die Demokratie im Interesse ihrer „Moral" gezwungen ist, ebenfalls hie und da einen festzusetzen.

Der Raum unseres Blattes würde nicht ausreichen, alle demaskierten Staatsstützen anzuprangern. In einem Falle müssen wir uns dies heute wieder gestatten. Herr Assessor Dr. Schott war bei dem jetzt noch bekannter gewordenen „Genossen" Richter in der 1a und machte sich in der Verfolgung der Revolutionäre so vorzüglich, daß er an das Landgericht II als Staatsanwalt befördert wurde. Im Frühjahr vorigen Jahres erfolgte seine Amtsentsetzung, jetzt erst wurde er verhaftet. Ihm wird Kreditschwindel, Scheckbetrug und Verbrechen im Amte vorgeworfen. Dr. Schott hatte — standesgemäß — mehrere Autos, lebte auf großem Fuße in Luxuslokalen und Spielklubs und zwischendurch in Kaschemmen mit Leuten, die im Hauptberuf dasselbe Gewerbe betrieben als er selbst im Nebenberuf. Diese und andere reiche Angeklagte und „Zeugen" besuchte er — als Anklagevertreter! — und „lieh" sich beträchtliche Summen von ihnen. Außerdem verschaffte er sich Kredite auf seine Autos derart, daß er ein und denselben Wagen zu gleicher Zeit an mehrere Geldgeber verpfändete. Das Geld sah natürlich niemand wieder. Das Ansehen, daß ein Staatsanwalt bei der Bourgeoisie hat, trug dazu bei, daß der Herr Staatsanwalt sein Gewerbe so lange ausüben konnte.

Solange dieser Herr Staatsanwalt im Interesse seiner Klasse die ruhestörenden Proletarier einkerkerte, war er ihr Held, als er ihr an den Geldbeutel ging, kerkerte sie ihn selbst ein.

Völkische Volksbeglücker.

Bankier Willi Bruss, ein völkischer Held — der seit längerer Zeit in Haft sitzt — hatte so sehr das Vertrauen seiner Anhänger, daß sie ihm viele Millionen in bar und Effekten anvertrauten. Viele Tausende sind um den letzten Pfennig geprellt. Das Landgericht 3 in Berlin hat jetzt für diese Sache ein Sonderdezernat eingerichtet.

Wirtschaft

Ein internationaler Finanzskandal

Der österreichische Staat um Millionen geprellt.

In Oesterreich sind die Finanzskandale eine Dauererscheinung. Wir brauchen nur an die Sklarareu, an die Wöllersdorfer Werke erinnern. Die Bankenskandale und -Zusammenbrüche nehmen seitdem kein Ende. Der Geruptte ist immer der Staat, in diesen Fällen die proletarischen Steuerzahler. Millionen um Millionen wurden dem zusammenbrechenden Wirtschaftskörper auf diese Weise abgezapft. Ein Betrugsmanöver von internationalem Ausmasse beginnt jetzt wieder an das Licht der Oeffentlichkeit durchzuschimmern. Nicht so sehr die hohen Summen sind es, die diesen Skandal kennzeichnen, als die Dummheit der sog. Staatsmänner, die personifizierte Skrupellosigkeit, mit der sich die „Staatsbürger" regieren lassen und das hohe Maß von Raffinesse einer internationalen Hochstaplerklique. Die kapitalistischen Staaten mit ihren raffiniert ausgeklügelten Apparaten zur Bespitzelung von Revolutionären entschlüpfen an der einen Seite der Zange der Gewohnheitsbetrüger, um auf der anderen Seite denselben Leuten unter die Presse zu geraten. Der gutfunktionierende Polizeiapparat, im allgemeinen auf rebellierende Proletarier eingedrillt, holt auch wohl mal die komprimittiertesten der bürgerlichen Eigentumsverbrecher auf Nummero Sicher. Diese ganzen komplizierten Staatsapparate haben aber nicht den geringsten Scharfblick, die Dinge zu durchdringen. Die gesamte bürgerliche und sozialdemokratische Journalie beider Richtungen geht darüber mit Notizen oder vagen Andeutungen und etwas Geschimpfe in Artikeln hinweg. Nur das Sensationsbedürfnis der Leser befriedigend. So dumm und hohl diese „Wirtschaftstheoretiker" und „Finanzschriftsteller" auch sein mögen, das Herumschreiben um diese Sachen ist ausnahmslos auf Bestechung zurückzuführen. Diese Fäulniserscheinungen, die heute die ganze Welt verpesten, muß jeder Bankkommise der Vorkriegszeit bis auf ihren Ausgangspunkt zurückfolgen können, sofern er sein Dasein auch nur oberflächlich begriff. Wir müssen daher heute wieder unsere Spalten opfern, um der Geschichtsklitterung ein Veto entgegenzusetzen. Wir geben uns nicht der Hoffnung hin, daß wir der gekauften Journalie das Gedächtnis schärfen, daß sie sam und sonders ihr Banknotenportefeuille vergessen wird. Wir lüften den Schleier von der Zentrale der internationalen Hochstapler, um die Proletarier einen Einblick zu gewähren hinter die Kulissen, wo die Fäden der Kutiskerei mit denen der barmatisierten Demokratie zusammenlaufen.

Nach dem österreichischen Zusammenbruch, als einige Millionen Pfund zu Stabilisierungszwecken ins Land gekommen waren, gründete die österreichische Regierung mit der Treugobank auf der einen, und die Rotterdamsche Bankvereinigung auf der anderen Seite, die Rekonstruktionsbank. Die Hälfte der Aktien übernahm der österreichische Staat, die andere Hälfte die Bankvereinigung in Rotterdamm. Die neugegründete Bank, die ihren Sitz in Holland bekam, sollte aus Holland Gelder für die österreichische Industrie heranbeschaffen. Sollte! Nach der Meinung der österreichischen Regierung. Die Meinung der holländischen Partner war, die englischen Pfunde aus Oesterreich nach Holland zu schaffen. So echt und wirklich die englischen Pfunde der österreichischen Regierung waren, die Reconstructiebank war eine Fata Morgana, eine Luftgründung. Die Aktien wurden nur gedruckt, um auf Grund dieser bunten Papiere zu den Pfunden Oesterreichs zu kommen. Denn die Rotterdamsche Bankvereinigung, eine alte Großbank, war von den Hochstaplern nur als Kulisse benützt. Die eigentliche Schiebberzentrale war die Hollandsche Grondkredietbank (Holländische Bodenkreditanstalt), resp. deren schweizerischer Macher, den wir zum Schluß in Lebensgröße andeuten.

Als der österreichischen Regierung der Sinn der „Reconstruktiebank" zu dämmern begann, versuchte sie sich mit beiden blauen Augen rückwärts zu orientieren. Sie stimmte zu, daß ihre Aktienhälfte, die in Holland (!) deponiert war, von einem zu bildenden Syndikat zwischen der Treugobank und der Wiener Depositenbank — die inzwischen verkracht ist — übernommen werde, um wenigstens noch 180 000 Hollandgulden zu retten. Von vielen Millionen. Solange der Staat seine Gulden nicht hatte, sollten die Aktien gesperrt, d. h. als unverkäufliches Eigentum der österreichischen Regierung in Holland im Banktresor bleiben. Dies war der Gesamtinhalt des Vertrages.

Eines Tages bekamen die Regierer in Wien aber einen Schreibebrief aus Holland, der ihnen kund tat, daß die Rotterdamsche Bank und die Wiener Bodenkreditanstalt (!) ihre Aktienhälfte der Reconstruktiebank „erworben" haben. Der Betrag von 180 000 Hollandgulden könne nicht nach Oesterreich geschickt werden, da die Amsterdamsche Bank (!) an die Wiener Depositenbank (!) eine Forderung von einer Million Hollandgulden habe!

Soweit wäre dies ein Betrugsmanöver zwischen zwei Partnern, von denen die österreichische Regierung der Dümmere war. Sonderbar ist es zwar, daß zum Schluß der Komödie einige Banken auftauchten, die an irgend einen Unbetrefften eine angebliche Forderung haben wollen, und dafür das Eigentum des österreichischen Staates anektieren. Man wird wohl nicht fehlgehen, daß der Partner des österreichischen Staates die Treugobank, Beauftragte der Holländischen Bodenkreditanstalt (Hollandsche Grondkredietbank) war. Denn ganz zum Schluß der Komödie hieß es, daß die erstere die Aktienhälfte des österreichischen Staates an letztere „abgetreten" habe. Das sonderbare, vom Standpunkt der bürgerlichen Moral ist vielmehr, mit wem sich die österreichische Regierung bei ihrer Bankgründung einließ. Der Gründer der Holländischen Bodenkreditanstalt ist nämlich ein alter Zuchthäusler und internationaler Hochstapler, ein gewisser Herr Heinrich Wüst in Binningen bei Basel, in der Schweiz. Mit diesem müssen wir uns einen Augenblick beschäftigen. Auf die moraltriefenden Staatsmänner Oesterreichs, die für jeden, der ein Stück Brot stiehlt ein wachsames Auge, einen Polizisten und einen Kerker hat, wirft dies ein bedenkliches Licht. Möglich auch, daß schon die österreichischen Finanzgelehrten, zu damaliger Zeit Sozialdemokraten, ebenso wie die Kutisker und Barmat Schüler des Herrn Wüst waren.

Herr Heinrich Wüst entdeckte, als er in einem Baseler Selterwassergeschäft ausgelernt hatte, daß aus der Dummheit ein gutes Stück Geld zu münzen war. Deshalb gründete er die Bankfirma Wüst und Kling in Basel. Tausende geprellte kleine Leute und 5 Jahre Zuchthaus war die Bilanz. Einige Jahre später machte der unverwüstliche Herr Wüst mit einer neuen Bank abermals Bilanz. Eine Anzahl um größere Summen Geprellter und 8 Jahre Zuchthaus. Beide Episoden zu einer Lehre geschweißt, erhielt die neue Bank, die Effektenbank in Bern, die Form der Genossenschaft und 20 000 geliehene Schweizerfranken als Rüstzeug. Als Betriebskapital wurden 100 000 Franken angegeben! Jetzt konnte nicht mehr der Meister eingesperrt werden, sondern höchstens die beteiligten Jünger. In einem Jahre waren hunderttausend Franken aus der Dummheit gerupft. Es entstand die Zentralbank AG. in Bern. Hier wurde eine Million als Betriebskapital angegeben. Sie gingen mit einer ganzen Presse fast Tag für Tag vor der Zentralbank warnte, „verdienten" Herr Wüst mit ihr eine Million Franken in einem Jahre. Jetzt gings nach Holland. In Amsterdam entstand die oben erwähnte Hollandsche Grondkredietbank mit „10 Millionen Aktienkapital". In Wirklichkeit war da keine Gründung ein Pfennig vorhanden gewesen. So enorm auch der Verdienst gewesen war, er hatte stets nur zu dem sehr „anständigen" Leben des Gründers, zu den „Gründungs"spesen und als Kaufpreis für verkrachte Träger hochtönender Namen für den „Aufsichtsrat" gereicht. Höchstens noch für ein luxuriös ausgestattetes Büro mit glänzenden Schaltern. Die verkrachten Barone und Grafen wurden nett eingekleidet und an schöne Schreibtische als Statisten gesetzt. Zu ernst hatte nur Herr Wüst. Eine derartige Schöpfung war auch die Amsterdamer „Bank". Sie bekam lebendige Fürsten als Statisten und einen Nachkommen Napoleons.

Hatte Herr Wüst bisher mit den faulen Papieren anderer seine Schäichen gemacht, in Amsterdam wurde er wirklich selbstständig. Seine „Bodenkreditanstalt" ließ 100 Millionen Mark Nennwert bunte Scheine drucken, nannte sie „Holländische Grundkreditbriefe" und errichtete in allen Teilen der Welt — unter Ausschluß der Oeffentlichkeit selbstverständlich — Verkaufsstellen. Ebenso selbstverständlich nicht in Holland. Der Eingang der Gelder richtete sich nach der Dummheit der Menschen. Es reichte aber aus, die internationale Eisenbahnbank in Bern zu gründen, eine Bank in Paris, eine in Aegypten, einige Zeitungen etc. Die Zeitungen hatten die Aufgabe, für die Wüst'sche Erfindung, für die „Grundkreditbriefe" Propaganda zu machen, seine Banken als Basis der Solidarität hinzustellen, und Herrn Wüst selbst als einen biederen harmlosen Bürger, der nie in seinem Leben eine Bank gemacht, der vor allen Dingen mit allen der genannten Instituten und Zeitungen nichts zu tun habe. Diese Hochstapeleien wurden so sehr in der Presse breitgetreten, daß sie jeder skandalbeflissene Stift, jeder Zeitungsschreiber, ja jeder Zeitungsleser wußte. Da auch die österreichischen Sozialdemokraten so gut wie ihre deutschen Genossen schon mit den Barmats in Amsterdam in Verbindung standen, so gut mit den Sklarz gutlohnende Geschäfte machten, so ist auch anzunehmen, daß sie Herrn Wüst kannten, und wußten, daß er ihr Partner über die Treugobank war.

Dieser Herr Wüst ist der sicher unsichtbar gewesene Konstrukteur der „Reconstructiebank" der österreichischen Regierung und der Erfinder des Schlüssels, der zu den Tresoren der Preußischen Staatsbank, der deutschen Reichspost, Reichsbank etc. paßte. Die Kutisker und Barmats und Konsorten waren nur die auf Gewinnbeteiligung angestellten Jünger und Uebermittler. Der „Zug der neuen Zeit" hat nur die Proletarier, die früher ihre Spargroschen opferten, in der Hintergrund geschoben. Die Schakale fressen heute die Leber des absterbenden kapitalistischen Wirtschaftskörpers. Der Fortschritt macht sich auch in „politischer" Hinsicht bemerkbar. War Herr Wüst stramm völkisch-antisemitisch-deutschnational, so sind seine Schüler schon Sozialdemokraten.

Mitteilungen

RHEINLAND-WESTFALEN.

An alle Ortsgruppen der KAPD. und AAU..

Der Bezirksarbeitsausschuß beruft für Sonnabend, den 14. Februar 1925, abends 6 Uhr und Sonntag, den 15. Februar 1925, eine

kombinierte Bezirkskonferenz

nach Elberfeld ein. Aus technischen Gründen kann die Konferenz nicht wie im Rundschreiben mitgeteilt schon am 31. Januar stattfinden. Das Tagungslokal bleibt bestehen.

Die Tagesordnung lautet:

1. Politische Lage. 2. Bericht von der Bezirkskonferenz. 3. Partei und Union und ihre Aufgaben. 4. Organisatorisches, a) Berichte, b) Reorganisation. 5. Vrsl. 6. Verschiedenes.

Anträge sind bis spätestens den 31. Januar eintreffend einzusenden. Sämtliche Anträge werden alsdann sofort den Ortsgruppen schriftlich zur Stellungnahme zugesandt.

Jede Ortsgruppe muß nach Möglichkeit je einen Delegierten der Partei und Union entsenden.

Außerdem fordern wir alle Ortsgruppen auf, sofort die fälligen Pflichtbeiträge abzuführen.

Die Bezirksleitungen der KAPD. und AAU.
Rheinland-Westfalen.

Leipzig.

Bestellungen für die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung", „Kampfruf" und „Proletarier" und Anmeldungen für Partei und Union, sowie alle Auskunft jederzeit bei:

Albert Warschau, Böhlitz-Ehrenberg, Leipzigerstr. Str. 99 II.

GROSS-BERLIN.

7. Unterbezirk (Charlottenburg). **Mittwoch**, 4. Februar 7,45 Uhr, in der Schule, Guerickestr. 32, Mitgliederversammlung.

16. Unterbezirk (Köpenick). Freitag, den 30. Januar, abends 8 Uhr, in Köpenick, Rosen-, Ecke Kirchstr. (Lokal Augustin **kombinierte Mitgliederversammlung der kommunistischen Arbeiter-Partei und Allgemeinen Arbeiter-Union.** Sämtliche Genossen, die in Köpenick, Grünau, Bohnsdorf, Adlershof, Friedrichshagen, Zeuthen und Königswusterhausen wohnen, müssen erscheinen.

Bezirksleitung der Partei.

17. Unterbezirk. Am Donnerstag, 29. Januar, findet bei Pickenhagen, Scharnweberstr. 60, eine "Werbe-Mitgliederversammlung (wichtiges Referat) statt, zu der sämtliche Genossen alle ihnen bekannten KAZ.-Leser, Sympathisierende und Unionsgenossen einzuladen haben.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O 17, Lanze Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 8

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Februar 1925

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich, die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Die korrumpierte Republik

Die betrogenen Betrüger — Sie sinken alle

Die Blätter aller „linken" parlamentarischen Gruppierungen sind in Ekstase geraten. Wer den „Vorwärts" und „Die Rote Fahne" liest, zu schweigen von den sogenannten anderen demokratischen Kloaken, könnte beinah glauben, daß sie die aufrichtigsten Mannen sind, denen das Wohl der so sehr begehrten Wahlmassen und nur deren Wohl am Herzen liegt. Ein Wutgeheul wird gegen die neue Regierung angestimmt. Ein Vorwurf - weiß - rot - gelbe ruft der „Vorwärts". „Die schwarz - weiß - rot - gelbe Reichskorruption" brüllt sie, „Die Rote Fahne" als Organ der „einzigen" Arbeiterpartei.

Um was handelt es sich? Was ist geschehen?

Im Hauptausschuß des Reichstages findet jetzt die Etatberatung statt. Da stellt sich dann heraus, daß so ziemlich eine dreiviertel Milliarde Goldmark der notleidenden rheinschen Industrie aus dem Säckel der Steuerzahler als Entschädigung für entstandenen Schaden durch und während des Ruhrkrieges, sowie auch noch durch die nachher entstandene Belastung durch die Micum überwiesen wurden. Diese Summen verteilen sich wie folgt:

An Micumlasten für die Ruhrzechen	400	Mill. G.-Mk.
für die chemische Industrie	35	„ „
Für Kohlenschaden für die Ruhrzechen	150	„ „
für die chemische Industrie	15	„ „
Für Aachener Gebiet		
Braunkohle, Rheinschiffahrt	45	„ „
Für das Sonderverfahren	70	„ „
insgesamt also	715	Mill. G.-Mk.

Von diesen Summen sind noch nicht verfügt über 60 Millionen, alles andere aber sei bereits ausgegeben. Darüber nun große Bewegung bei den alten ergrauten Parlamentariern und stürmische Zwischenrufe bei den noch etwas unartigen „Kommunisten". Ein Zentrumsmann sagte schmerzbewegt: „Die Haltung der Regierung sei außerordentlich befremdend. Im besetzten Gebiet herrsche große Unruhe über die umlaufenden Gerüchte". „Das Etatsrecht des Reichstages, das vornehmste Recht des Parlaments in jedem demokratischen Lande, ist auf unverantwortliche Art und Weise verletzt worden", schreibt entrüstet der „Vorwärts" vom 30. Januar.

„Die Tatsachen, daß diese Riesensummen ohne die geringste staatsrechtliche Grundlage und ohne Bewilligung des Reichstages ausbezahlt worden seien, sei geradezu treffend, daß die Schwerindustrie der eigentliche Beherrscher der deutschen Republik sei und die Regierung nur deren Kommando ausführe" sagte der Pseudokommunist Stöcker.

Doch halt, haben diese heute so laut schreienden Parlamentsfatzken wirklich das Recht, sich so in die Brust zu werfen? Die Proletarier mögen nur mal etwas zurückdenken an das Jahr 1923. Wenn sie sich wieder die damaligen Verhältnisse vor Augen führen, so werden sie klar erkennen können, daß die Schreier von heute die Betrüger von damals waren. Die heute über die Lasten des Ruhrkrieges und über die Abwälzung dieser Lasten auf das Proletariat ein Mordsgeschrei anstimmen, wollen damit nur ihre Mitschuld verschleiern. Es sind die Schreie der betrogenen Betrüger, die von der Sozialdemokratie und ihrem organisatorisch noch selbständigen linken Flügel, der „Kommunistischen" Partei Deutschlands ausgestoßen werden.

Wir stellen fest als geschichtliche Tatsachen. Als der Einmarsch ins Ruhrgebiet durch die Alliierten erfolgte, vor allem durch Frankreich, wegen Nichterfüllung des Versailler Schandvertrages, durchbrandete Deutschland eine nationale Welle, deren praktisches Ergebnis eine Einheitsfront war von Schlageter dem Faschisten bis zu Rennmele dem „Kommunisten". Man war sich einig im Prinzip der Abwehr dieser Schmach. Lieber tot als Sklav' war die Parole der Junker, Schlotbarone, Bankhyänen, Gewerkschaftsbesitzer aller Couleur und Parteiräte aller Schattierungen, wußte man doch, daß die Toten nur die Sklaven, das Proletariat, stellen würden. Das Proletariat, sich zum übergroßen Teil noch in dem Schlepptau dieser Leute befindend, mußte denn auch viele Tote für dieses gewaltigen Kampf zwischen den verschiedenen kapitalistischen Gruppierungen lassen. Etliche fielen durch Kugeln. Doch Abertausende raffte der Hunger dahin. Abertausende sitzen als angekettete Zeugen dieser Einheitsfront in den Zuchthäusern dieser freiesten Republik.

Alle waren sich einig. Alle Parlamentsfatzken hatten ihre Zustimmung der Regierung gegeben. Trotzdem wurde die Einheitsfront von 1923 in ungeschickter Weise durch die Regierung Cuno gestört, so daß die „Rote Fahne" vom 27. Mai 1923 in einem Artikel „Die deutsche Arbeiterklasse in Gefahr!" folgenden Passus brachte:

„Entweder läßt die Regierung die Mordhetze gegen die Kommunistische Partei verstummen oder wir werden das Schweigen brechen!"

Alle Organisationen, die im Ruhrkrieg die Einheitsfront bildeten, einschließlich der Kommunistischen Partei Deutschlands, waren sich auch im Prinzip einig für die Entschädigung des Schadens durchs Reich. Darum schreibt auch die „D. A.-Z." der Stinnes-Erben vom 29. Januar auf eine naive Anfrage des alten Bergarbeiterverbandes:

„Bekanntlich sollen dem Ruhrbergbau die Schäden, die ihm während des passiven Widerstandes und späterhin unter der Ruhrbesetzung durch die Micumverträge entstanden sind, vom Reich ersetzt werden."

Dieses hat nun die Bourgeoisie als herrschende Klasse durch ihren Vollzugsausschuß, die jeweilige Regierung, auch ausführen lassen. Nicht ernst zu nehmendes Geschrei ist es von den „Sozialisten" und „Kommunisten", wenn sie von „Verletzung des Rechts" faseln. Jeder Analphabet weiß, daß die Rechtsfragen — Machtfragen sind. Er weiß weiter, daß die Parlamente nur als Verschleierung der offenen Kapitalsdiktatur gelten. Er weiß weiter, daß die Bourgeoisie, wenn sie von Wirtschaft, oder wie hier vom Bergbau redet, nur sich meint und nicht etwa das Proletenpack.

Diese Binsenwahrheiten wissen aber nicht die freigelben Berufsorganisationen, wissen nicht die Sozialisten und wissen auch nicht die Pseudokommunisten. O ja, sie wissen es schon. Aber durch ihr hysterisches, unehrliches Geschrei wollen sie dem Stimmvieh Proletariat, das sich leider noch immer von diesen Gaunern leithammeln läßt, erneut beweisen, daß sie noch da sind und auch die Quasselbude noch Wert für den Klassenkampf, so wie diese Führerbourgeoisie ihn auffaßt, hat.

Das Proletariat darf sich nicht durch die Unkenrufe dieser seiner Sklavenhalter betören lassen, sondern muß erkennen, daß es diesen Augiasstall von Korruption, mit das sichere Merkmal einer untergehenden Gesellschaftsordnung, nur ausmisten kann, wenn es die Gesellschaftsordnung selbst beseitigt und dafür seine Bedarfsordnung, den Kommunismus errichtet.

Dieses wird es nur können, wenn es sich von allen parlamentarischen und gewerkschaftlichen Ueberlieferungen befreit, wenn es geschlossen als Klasse sich in den Betrieben formiert und den Kampf um die Betriebe, um die Produktion, um die politische Macht, den Kampf um die Macht der Räte aufnimmt. Nicht mit Petitionen, Resolutionen und Demonstrationen wird es seinen Klassenfeind niederwerfen können, sondern nur durch die Errichtung seiner Klassendiktatur, wird es die Diktatur der Bourgeoisie, wozu die Parlamente mit ihren Diätenschluckern und die Gewerkschaften mit ihren ergrauten Taktikern gehören, überwinden können und somit sein Leben als Klasse, was in dieser „Ordnung" im wahrsten Sinne des Wortes auf dem Spiele steht, retten.

Der große Sumpf

Die Sozialdemokratie Urheberin der Preußenbankkorruption.

Nicht nur die Kräfte die in dem Skandal der Preußischen Staatsbank stets die unwahrscheinlichsten Rollen spielen, nicht nur die spannenden tragikomischen und possenhaften Bocksprünge der preußischen Finanzstrategen und die nic-karterhaften Gaunertricks ihrer ehrenwerten Kunden gestalten die Preußenbank zu einer Komödie. Die ganze wechselvolle Aufrollung und Abwicklung der „Affäre" ist eine einzige verfilmte Groteske. So sehr man diesem System alles zutraut, eine Ueberraschung jagt die andere, die nächste immer dramatischer als die vorhergegangene.

Ein Herr Blau, Generaldirektor eines Werkes, das auch dann noch Kredit besaß, als die Kutisker und Barmat schon von allen Seiten als Industrieritter erkannt waren, gab Herrn Kutisker gleich stoßweise seine Blankoaccepte — unausgefüllte, nur mit seiner Namensunterschrift versehene Wechselformulare — die dieser nur mit x-beliebigen Summen beschreiben brauchte, die er sich dann von der Staatsbank auszahlen ließ. Dieser Herr Blau ist von der Staatsanwaltschaft wieder aus der Haft entlassen worden, gegen Stellung von einer Million Mark Kaution. Nach dieser „Rechtsauffassung" hat man nur nötig, den Staat um 2 Millionen zu prellen, um ihm die Hälfte zur Loskaufung wieder zurück zu geben. Das ist natürlich keine Klassenjustiz, denn es steht jedem, der wegen Diebstahl eines Stückes Brot oder einer Hose eingesperrt ist, ebenfalls frei, sich durch eine Million Mark Kaution zu befreien. Da der Barmat-Konzern und die (Kutiskersche) Steinbank aufgelöst werden, und ihnen ebenso wie den Kutiskern von seiten sächsischen Staatsbank keine Kredite mehr gegeben werden sollen, ist die Handlung der Staatsanwaltschaft etwas unklar. Will man die von amtlichen republikanischen Vermögensverwaltungsstellen verpulverten hundert Millionen durch Freilassungskautionen wieder hereinholen, so kann der Sinn dieser Enthaftungen nicht anders aufgefaßt werden, als daß die um Kutisker sich andere — Einnahmsquellen verschaffen sollen.

Zur „Untersuchung" der Geschäftsführung der Staatsbank sind jetzt Ausschüsse eingesetzt. Der eine von „Reichsstellen", der andere vom Preußenparlament. Beide haben den Namen „Barmatausschuß" bekommen. Sie verdienen ihren Namen in des Wortes verwegendster Bedeutung. Es sind sämtliche beteiligten Parteien darin vertreten. Es wäre allerdings auch nicht anders denkbar, denn das ganze demokratische System ist barmatisiert. Die nötige Sachkunde (im „untersuchen" nämlich) haben die Herrschaften zweifellos mitgebracht. Die einen aus ihrer amtlichen, die anderen aus ihrer parlamentarischen Tätigkeit. Der Reichs-Barmat-Ausschuß wählte zu seinem Vorsitzenden den Sozialdemokraten Saenger. Mit Recht! Denn die Barmats sind Sozialdemokraten, und Ebert jun., Richter, Severing, Hellmann etc. auch. Der Preußen-Barmat-Ausschuß kürte zu seinem Vorsitzenden den Volksparteiler Dr. Leidig. Auch mit Recht. (Demokratie heißt gleiches Recht aller Beteiligten.) Der Finanzminister ist auch Volksparteiler.

Im Preußenausschuß bekannte Herr Ministerialrat Schenk vom Finanzministerium, daß dieses von Beginn der Schiebungen an gut über sie orientiert war. Schon im Februar 1924, so führt Herr Schenk aus, als die Schuld des Kutisker „erst" 4,8 Mill. betrug, konnte er seine Wechsel, die als „Deckung" gegeben waren, nicht einlösen. Von der Generaldirektion der Preußenbank wurde beschlossen, daß weitere Kredite nicht mehr in Frage kämen. Macht nichts. Die Proleten blechen ja aus Liebe zu ihrem Vaterland. Kutisker bekam noch ein Dutzend Millionen.

Die Güte der Barmats wurde vom Finanzministerium wie von der Preußenbank so eingeschätzt, wie die des Kutisker. Schon im